

jede psychiatrische Einrichtung, die wir neu schaffen, automatisch in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes steht.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Was? Stimmt doch gar nicht!)

Ich möchte nämlich erreichen, dass wir Einrichtungen dahin bringen, wo es in der Fläche zurzeit noch gar keine Einrichtungen gibt. Denken Sie etwa an viele Kreise in Ostwestfalen-Lippe oder im Münsterland. Daher bin ich der festen Überzeugung, dass es richtig ist, dies im gesamten Krankenhausrahmenplan zu bedenken.

Aber ich bin dafür, die Einrichtungen und gerade kleinere Einrichtungen, die wir neu schaffen, um in die Fläche zu gehen und zu dezentralisieren, mit der fachlichen Kompetenz der bestehenden Einrichtungen zu verbinden. Deswegen muss das kein Widerspruch sein.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Richtig! Genau das machen die Landschaftsverbände!)

Zur Kinder- und Jugendpsychiatrie möchte ich ganz offen sagen:

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich finde, die Ausschusssitzung in der letzten Woche hat sehr deutlich gemacht, dass alle einschließlich der Kostenträger für einen schnellen Ausbau sind. Deswegen werden wir Ihnen in den nächsten Wochen Pläne vorlegen, um das vor den Krankenhausrahmenplan zu ziehen, damit dieser Bereich relativ schnell in die Umsetzungsphase kommt.

(Günter Garbrecht [SPD]: Manchmal ist er doch lernfähig!)

Ganz wichtig ist mir, dass wir uns in diesem Landtag damit beschäftigen, wie wir in den Landkreisen eine gute landärztliche Versorgung behalten. Wenn der Hausarzt in den Dörfern in Ostwestfalen-Lippe oder im Sauerland ausstirbt, bekommen wir ein erhebliches Problem bei der Versorgung einer älter werdenden Gesellschaft.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Deswegen werden das Ministerium und die Landesregierung auch in diesem Bereich neue Akzente in den vor uns liegenden Jahren setzen.

Sie sehen: Wir sind gut aufgestellt. Die Menschen können unserer Politik vertrauen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Solange wir sie gestalten, gibt es in diesem Land auch bei der gesundheitlichen Versorgung Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zum Einzelplan 11 nicht vor.

Die Abstimmungen zum Einzelplan 11 erfolgen nach 14 Uhr.

Ich rufe nun auf:

### **Einzelplan 15 Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration**

Er besteht aus den Teilbereichen „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“, „Frauen“ und „Integration und Eine-Welt“.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8015 und auf die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Grünen hin.

Wir kommen zu:

### **Teilbereich Generationen, Familie, Kinder und Jugend**

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD dem Kollegen Jörg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dreieinhalb Jahren hat sich die Situation für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen erheblich verschlechtert.

(Beifall von Bodo Wißen [SPD])

Nordrhein-Westfalen ist ungerechter geworden – nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für ihre Eltern. Leistungsdruck, Konkurrenz und Wettbewerb sind die ideologischen Eckpunkte dieser Landesregierung. „Privat vor Staat“ ist das Brandmal der Landesregierung, das in alle Lebensbereiche eingebrannt werden soll. Viele Themenfelder im Einzelplan 15 sind von diesem Brandmal betroffen.

Ich fange bei den Kleinsten an, nämlich bei den U3-Betreuungen im Land. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die ersten drei Jahre sind die wichtigsten im Leben eines Menschen. Denn in ihnen werden Grundlagen für die Zukunft und Impulse für ein selbstständiges Leben gegeben. Das ist eine ganz zentrale Lebensphase.

Wie reagiert die Landesregierung auf diese Situation? – Mit einem Spar- und Verwahrgesetz, dem sogenannten Kinderbildungsgesetz. Seit Inkrafttreten des Gesetzes im August 2008 wird immer deut-

licher: Das KiBiz wirkt – als falsche Medizin mit erheblichen Nebenwirkungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Lassen Sie mich einige dieser Nebenwirkungen nennen.

Zunächst stellen wir fest, dass die Ausbauquoten für die unter Dreijährigen auf Kosten der Qualität genau bis zum notwendigen Limit steigen sollen und dass Kinderbildung im Wesentlichen zur Glückssache wird.

Für die Gebühren der Kinderbetreuung ist weniger der Geldbeutel als vielmehr der Wohnort der Eltern entscheidend. Millionäre in der einen Region des Landes haben Glück und zahlen rund 250 €, Eltern, die in einer anderen Region dieses Landes leben und ein durchschnittliches Einkommen beziehen, kann es passieren, dass sie ein Vielfaches davon bezahlen. Das ist zutiefst ungerecht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ungerechtigkeit spüren auch die Beschäftigten in den Einrichtungen. Sie müssen mit einer Situation fertig werden, auf die sie nicht ausreichend vorbereitet wurden, und erhalten zunehmend befristete und Teilzeit-Arbeitsverträge. Jedes Jahr haben sie Angst um den Fortbestand ihrer Einrichtungen. Statt jedoch mit den neuen Herausforderungen die dringend benötigten Kompetenzen der vorhandenen Kräfte zu bündeln und systematisch weiterzuentwickeln, sind die Kindpauschalen so berechnet, dass eine Qualifizierung und Weiterqualifizierung mit entsprechenden Freistellungen kaum möglich ist, meine Damen und Herren.

Das wirkt sich auch auf die Auszubildenden aus. Der Beruf wird unattraktiv; ganz unabhängig davon, dass viele Einrichtungen keine Jahrespraktikanten mehr einstellen, was allein schon schlimm genug ist. Darüber hinaus werden die schlechten Rahmenbedingungen auch zu einem Fachkräftemangel führen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist gegenüber den Mitarbeitern und vor allen Dingen gegenüber den Kindern ungerecht.

(Beifall von der SPD)

Gleichzeitig sorgen sich Kinderpflegerinnen und andere Ergänzungskräfte um ihre Arbeitsplätze. Sie sollen an hektisch zusammengeschusterten Fortbildungen teilnehmen, die weder zahlenmäßig noch inhaltlich den heutigen Anforderungen gerecht werden. Die Beschäftigten in den Einrichtungen laufen auf dem Zahnfleisch. Sie sind den Arbeitsbelastungen nicht mehr gewachsen. Der in dieser Gemengelage entstehende Stress wirkt sich natürlich auf die Kinder aus. Das ist gegenüber den Beschäftigten und gegenüber den Kindern ungerecht.

Die Bundesmittel für den Ausbau der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen verschwinden entweder im Landeshaushalt oder werden wegen bürokratischer Verzögerungen nicht abgerufen.

So werden dann auch die Kommunen und die Träger ungerecht behandelt.

(Beifall von der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich schlage der Landesregierung vor – weil Ihnen das Motto „Privat vor Staat“ unangenehm geworden ist –, ihr Motto in „Gleiches Unrecht für alle“ zu ändern. Das würde die Situation in den Kindertageseinrichtungen und im Land insgesamt deutlicher beschreiben als „Privat vor Staat“. „Gleiches Unrecht für alle“ ist das Motto Ihres Kinderbildungsgesetzes.

(Beifall von der SPD)

Dabei liegen im Bereich der frühkindlichen Bildung die Erfordernisse klar auf der Hand: Eine Beitragsfreiheit für den Kindergartenbesuch wäre ein wichtiges Signal für den Stellenwert dieses Bildungsreiches. Die Gehälter der pädagogischen Fachkräfte müssen verbessert werden. Bei ganztägigen Angeboten müssen kostenfreie Mahlzeiten zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt muss die pädagogische Qualität natürlich deutlich verbessert werden.

Beim Ausbau der Plätze für die unter Dreijährigen muss der Elternwille uneingeschränkt umgesetzt werden.

(Beifall von der SPD)

Die Kommunen sollten darin unterstützt werden, für alle Bezieher niedriger Einkommen eine Beitragsfreiheit zu erreichen und besondere Maßnahmen zur Errichtung einer höheren Kinderbesuchsquote einzuleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Familienzentren sind eklatant unterfinanziert.

(Widerspruch von Christian Lindner [FDP])

– Das sogenannte Kinderbildungsgesetz fordert von den Familienzentren nicht nur eine zum Teil sehr aufwendige Zertifizierung, lieber Christian, sondern auch einen erheblichen Ausbau der Leistungen. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen – das kann sich jeder vor Ort noch einmal selber zu Gemüte führen –, ist mit einer monatlichen Zahlung von 1.000 € nicht möglich. Die Familienzentren sind absolut unterfinanziert. Daran muss dringend etwas geändert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sprachförderung in unserem Land liegt am Boden. Sie haben es innerhalb von dreieinhalb Jahren zwar geschafft, sehr viele Tests einzurichten, wissen aber genauso gut wie wir, dass diese Tests nur einen ganz kleinen Ausschnitt der Sprachbegabung eines Kindes abbilden.

(Widerspruch von Christian Lindner [FDP])

Diese Tests sagen nicht aus, wer gefördert werden muss und wer nicht. Deshalb fallen bei diesen Tests viele Kinder durch, die eigentlich keinen Test brauchten. Aber viele, die den Test schaffen, brauchten dringend eine Sprachförderung. Insgesamt ist das derart schlecht aufgestellt, dass Sprachförderung in Nordrhein-Westfalen – man kann es so sagen – wirklich am Boden liegt.

Mit dem Haushaltsplan hat sich das Land fast komplett aus der Finanzierung der Investitionen für Kindertageseinrichtungen zurückgezogen. Im Bereich der Kindertageseinrichtungen werden 2009 rund 1,7 Millionen € weniger veranschlagt als im Jahr 2008. 90 % der Ausgaben, die überhaupt getätigt werden, werden durch den Bund finanziert und aufgebracht.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch gar nicht!)

– Selbstverständlich stimmt das, Herr Minister. Es ist ja Ihr Haushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so weit zu den Kleinsten.

Jugendliche werden von dieser Landesregierung komplett alleine gelassen. Wir haben heute einige jüngere Gäste hier. Herzlich willkommen!

Man muss sich das einmal vorstellen: 13-, 14- oder 15-Jährige kommen um 3 Uhr aus der Schule nach Hause, häufig ohne Mittagessen, machen Schulaufgaben. Falls die Mama oder der Papa oder beide arbeiten gehen, müssen sie sich selber etwas machen.

Nach dem Abendessen müssen sie überlegen, wo sie schulische Defizite haben. Dann müssen sie weiter büffeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so nehmen wir den jungen Menschen ihre Jugend. Das ist Leistungsdruck. Das ist Stress, der dem Lernen auch nicht gerecht wird. In anderen Ländern, die es besser organisiert haben als wir, sind die Lernerfolge zum Teil größer. An dieser Stelle müssen wir etwas ändern.

Seitdem wir die Enquetekommission zu den Chancen für Kinder installiert haben und deren Ergebnisse kennen, wissen wir: 70 % dessen, was Kinder lernen, lernen sie informell außerhalb der Schule. Nur brauchen sie dazu Raum, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dazu brauchen Sie Platz und Zeit, um sich auf die Socken zu machen, ihr Leben selber zu entdecken und darüber zu lernen. Dieser Raum und diese Zeit werden ihnen genommen. Dabei ist das genau der Punkt, an dem sich Charaktere herausbilden, die wir uns alle wünschen und die ihr Leben selber gestalten und selbstbestimmt führen können.

Der Kinder- und Jugendförderplan im Haushalt 2009 ist um rund 5,1 Millionen € erhöht worden.

Diese Steigerung erfolgte im Wesentlichen durch eine Zusammenlegung mit dem Sonderprogramm „Jugend in sozialen Brennpunkten“, das wir als SPD übrigens schon im letzten Jahr gefordert haben. Lesen Sie die Anträge bitte noch einmal nach!

Dies kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Kinder- und Jugendförderungsgesetz im Gegensatz zur vorherigen Absichtserklärung aller Parteien niemals die vorgesehene Höhe von 96 Millionen € erreicht hat.

(Christian Lindner [FDP]: Auch unter Rot-Grün nicht!)

– Lieber Christian Lindner, das war ein zentrales Wahlkampfversprechen, das von Ihnen und den regierungstragenden Fraktionen gebrochen wurde. Die Landesregierung liegt um 16 Millionen € unter dem versprochenen Ansatz. Angesichts der Erkenntnislage, die ich gerade zitiert habe – 70 % des Erlernten werden informell erlernt –, ungerecht, und zwar nicht nur gegenüber den Kindern und Jugendlichen, sondern es ist schlichtweg ein Betrug an ihnen.

(Walter Kern [CDU]: Informal, nicht informell!)

Eine besondere Ungerechtigkeit noch zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Rüttgers ist im letzten Jahr viel verreist. Ich meine nicht seine langen Urlaube, sondern er war auch in Brasilien und hat dorthin eine Dienstreise gemacht. Er hat kleine, obdachlose brasilianische Kinder auf den Arm genommen. Ich habe das auf einem Foto gesehen. Es war sehr rührend.

Gleichzeitig, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat er ganz Nordrhein-Westfalen auf den Arm genommen. Hier hat er nämlich – Frau Kollegin Steffens hat es gerade schon gesagt – den Ansatz für die Obdachlosenhilfe auf null gesetzt.

(Minister Armin Laschet: Sie wissen doch, dass das nicht stimmt!)

Das ist ungerecht und eine Ungeheuerlichkeit und zeigt genau, wie er vorgeht: In Brasilien nimmt er kleine, obdachlose Kinder auf den Arm, und hier nimmt er sozusagen ganz Nordrhein-Westfalen auf den Arm, weil er die Förderung kürzt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und entschuldige mich noch einmal für meine anfängliche Unkonzentriertheit.

(Beifall von der SPD – Minister Armin Laschet: Für die Rede können Sie sich entschuldigen!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Jörg, vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Kastner das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Marie-Theres Kastner** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht nur so viel zu den Äußerungen des Kollegen Jörg: Dadurch, dass man manches – auch manches Falsche – mehrfach sagt, wird es nicht richtiger.

(Beifall von der CDU)

Der Haushalt, den wir hier im Einzelplan 15 besprechen, ist ein Zeichen dafür, dass wir das, was wir versprochen haben, auch wirklich umsetzen.

Unsere politischen Schwerpunkte – so hat es heißen, und dazu stehen wir nach wie vor – sind Kinder, Jugend, Bildung und die frühe Förderung von Kindern. Dieser Haushalt belegt es: Es gibt mehr Geld für die Erziehung und die frühe Förderung. Es gibt mehr Geld für die „Bildung von Anfang an“, und es gibt mehr Geld für U3-Betreuungsplätze. Es gibt mehr Geld für individuelle Förderung, und es gibt mehr Wahlfreiheit für Eltern. Es gibt mehr bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall von der CDU)

Fangen wir mit dem Schwerpunkt Kinder und Familie an. Mit dem Einsatz der Mittel für Kinderbetreuung und für frühkindliche Bildung haben wir für diesen Bereich 1,2 Milliarden € veranschlagt. Das ist ein neuer Rekord, und Sie können noch so oft erzählen, es sei weniger Geld, die im Haushalt genannten Zahlen sind ganz deutlich: über 1,2 Milliarden €. Im Jahr 2007 waren es noch 819 Millionen €.

Es gilt, eine große Betreuungslücke zu schließen, die Sie uns leider hinterlassen haben. Wenn Sie heute immer mehr fordern, müssen Sie aufpassen, dass Sie nicht mit dem kleinen Häwelmann verglichen werden. Irgendwann holt es Sie ein.

Wir müssen einfach sagen: Wir haben die Kinderbetreuungsquote bei unter Dreijährigen von 2,8 auf 13,6 % gesteigert bzw. werden sie mit diesem Haushalt auf 13,6 % steigern.

(Beifall von der CDU)

Bis zum Jahr 2013 sollen 144.000 Plätze zur Verfügung stehen. Das entspricht einer Betreuungsquote von 32 %. Als Folge dieser Entwicklung und entgegen all dem, was Sie betonen, werden wir in unserem Land mehr Erzieherinnen einstellen als vorher.

(Beifall von der CDU)

Es werden ca. 7.400 Arbeitsplätze vorhanden sein. Meine Damen und Herren, ich denke immer noch – da ich auch damals schon politisch tätig war – an Ihre GTK-Reform: Die endete damit, dass viele Erzieherinnen ihren Arbeitsplatz verloren haben.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie heute von schlechten Bedingungen in den Kindertageseinrichtungen sprechen, kann ich Ihnen nur sagen: Gehen Sie ab und zu in eine Einrichtung. – Ich kann von den Einrichtungen, in de-

nen ich in den letzten Wochen war, sagen, es hat mir das Herz erwärmt; denn es gibt viele Einrichtungen, deren Mitarbeiter auch dank der KiBiz-Reform mit Freude bei der Sache sind.

Ich darf hier auch denen noch einmal Dank sagen, die sich mit Intensität und auch mit viel Wohlwollen an die Umstrukturierung und an die pädagogischen Reformen in der Kinderbetreuung begeben.

(Beifall von der CDU)

Wir werden die Weiterentwicklung der Familienzentren genauso fördern. Die Zielmarke ist und bleibt, bis zum Jahr 2012 3.000 Familienzentren einzurichten. Bis jetzt haben wir gut die Hälfte davon geschafft. Im Haushaltsjahr stehen für diesen Bereich im Übrigen 20 Millionen € zur Verfügung.

Gestatten Sie mir – darauf hatte ich hier eigentlich gar nicht eingehen wollen –, über das Thema Sprachförderung zu sprechen. Herr Jörg, ich komme eigentlich überhaupt nicht dahinter, was Sie sagen wollen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das ist klar!)

Wir sind das einzige Bundesland, das eine verpflichtende Sprachförderung, erst durch Diagnose und dann durch Förderung, eingeführt hat.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wollen Sie Delphi 4 wirklich ein Diagnoseverfahren nennen? Das ist ein Witz!)

– Ja, das möchte ich ein Diagnoseverfahren nennen. Es ist immerhin mehr als das, was im Rahmen Ihrer Streulösung jemals gemacht wurde,

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

als in einer Kindergartengruppe erst einmal über 50 % der Kinder ausländischer Herkunft sein mussten, bevor überhaupt 1 € für die Sprachförderung geflossen ist. Wir erfassen in der Tat alle Kinder, und egal, wie viele Mängel vielleicht noch da sind:

(Britta Altenkamp [SPD]: Warum nennen Sie das Ding denn Diagnoseverfahren?)

Wir haben das System schon nach dem ersten angepasst, und wenn es notwendig ist, kann man weitere Anpassungen vornehmen. Das ist sicherlich nicht besonders schwierig.

Aber ich glaube, die Kinder werden es uns danken, wenn sie mit sechs Jahren in die Schule kommen und durch die sprachliche Förderung weit besser vorbereitet sind, als das bisher der Fall war.

(Britta Altenkamp [SPD]: Da haben wir jetzt die ersten Kinder!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin Kastner, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Trampe-Brinkmann?

**Marie-Theres Kastner** (CDU): Wir können es ja mal versuchen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Kollege Trampe-Brinkmann.

**Thomas Trampe-Brinkmann** (SPD): Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Ich möchte nur noch einmal nachfragen: Bezieht sich Ihre Eingangsbemerkung, dass Falsches selbst dann falsch bleibt, wenn man es häufiger wiederholt, auch auf Ihren Redebeitrag?

**Marie-Theres Kastner** (CDU): Herr Trampe-Brinkmann, ich denke, diese Frage brauche ich nicht zu beantworten; denn es ist keine sachliche Frage, sondern möglicherweise einfach nur eine Retourkutsche auf andere Äußerungen.

Lassen Sie mich zusammengefasst noch einmal sagen: Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz haben wir in der Tat mehr Chancen geschaffen. Wir haben mehr Geld in das System gepumpt. Wir haben vor allen Dingen – und das ist wichtig – mehr Wahlfreiheit für die Eltern geschaffen. Ich denke, das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Thema Beitragsfreiheit sagen. Ich verstehe Sie im Prinzip gar nicht richtig. Auf der einen Seite sagen Sie, die armen Reichen müssten in einigen Städten zu viel Geld bezahlen. Dabei vergessen Sie aber immer, zu sagen, dass ca. 25 bis 30 % aller Familien in unserem Lande – nämlich die, die dessen wirklich bedürfen – ihre Kinder eine Kindertagesstätte besuchen lassen können und dafür keinen Pfennig bezahlen müssen.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Das war vorher auch so!)

– Das war vorher auch so, und das ist auch gut so, Frau Altenkamp. Aber wenn Sie heute sagen, wir müssten eine größere soziale Gerechtigkeit schaffen, und dabei oft genug erklären – wenn vielleicht auch nicht Sie, dann doch andere Ihrer Kollegen –, es gehöre zur Gerechtigkeit, dass auch die Kinder armer Eltern in Kindertagesstätten gehen können,

(Britta Altenkamp [SPD]: Gerechtigkeit schaffen wir doch nicht von oben!)

dann möchte ich hier einfach noch einmal klarstellen: Aufgrund nicht ausreichender Einkünfte der Eltern ist es keinem Kind verwehrt, in eine Tagesstätte zu gehen. Das ist eine gute Einrichtung in unserem Land.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das hat noch nie jemand behauptet! Das ist purer Unsinn, Frau Kastner! Sie beantworten Fragen, die niemand gestellt hat!)

Wir müssen immerhin darauf hinweisen, dass im letzten Jahr über 90 % der Kinder – fast 100 % – vor der Schule in eine Tageseinrichtung gingen.

(Zuruf von der SPD)

Lassen Sie mich ein Stück weitergehen, zum Landesjugendförderplan. Für den Landesjugendförderplan werden wir in diesem Jahr nach den vielen Kürzungen, die seitens der rot-grünen Regierung in den Jahren davor erfolgt sind – wir sind mit 68 Millionen € gestartet –, 80 Millionen € zur Verfügung stellen. Die 5 Millionen €, die bis jetzt als jährliche Summe zur Verfügung standen, werden in den Landesjugendplan eingebaut, und das ist auch völlig in Ordnung.

(Britta Altenkamp [SPD]: Virtuell sozusagen!)

Wir sind mit dem Landesjugendplan genauso verfahren wie bisher. 80 % des Geldes werden für Strukturmittel zur Verfügung stehen, 20 % für Projekte. Ich denke, damit können wir die Umsetzung des Paktes mit der Jugend in Angriff nehmen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit steht nicht zur Diskussion!)

Wir werden 1 Million € für den internationalen Jugendaustausch zur Verfügung stellen. Ich denke, das ist in Zeiten der Globalisierung und auch des lebenslangen Lernens von besonderer Wichtigkeit.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu dem Thema „demografischer Wandel“ sagen, was auch den Bereich Generationen betrifft, der zu unserem Haushalt gehört. Auch hier haben wir dafür gesorgt – ich denke, das ist eine akzeptable Leistung dieses Haushaltsplans –, dass diese Mittel im Haushalt nicht gekürzt wurden, obwohl wir uns sicherlich in einer wirtschaftlich schwierigen Phase befinden.

Wir wissen, dass der demografische Wandel eine Aufgabe ist, der wir uns dringend stellen müssen. Die generationenübergreifenden Projekte können fortgeführt und verstärkt werden. Ein weiterer Punkt, den ich für sehr wichtig halte: In dem Bereich stärken wir auch noch mal das Ehrenamt. Es war gut, dass wir die Ehrenamtskarte ab Herbst 2008 eingeführt haben, um zu zeigen, dass in unserer Gesellschaft nicht nur das zählt, wofür man Geld bekommt, sondern auch das, wofür man sich ehrenamtlich engagiert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kastner. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Kollege Lindner das Wort. Bitte schön, Herr Lindner.

**Christian Lindner** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Wolfgang Jörg

hat heute eine bemerkenswerte Haushaltsrede gehalten.

(Demonstrativer Beifall von Frank Sichau [SPD])

Das war eine echte rhetorische Delikatesse. Denn er hat es vermocht, zum Haushalt zu sprechen und in seinem Vortrag nahezu auf Zahlen zu verzichten.

(Zuruf von der SPD: Na und?)

Das ist schon eine Kunst. Denn darum geht es eigentlich, es geht um Zahlen. Lieber Kollege Jörg, beim Haushalt geht es eben nicht nur um irgendwelche abstrakten Unterstellungen,

(Frank Sichau [SPD]: Zahlen sind die Abstraktion an sich!)

um gefühlte Temperatur, sondern beim Haushalt geht es um Zahlen und auch darum, die Entwicklung von Zahlen im langjährigen Vergleich nachzuvollziehen. Denn erst dann kann man in der Lage sein, einen Haushalt in seiner politischen Schwerpunktsetzung zu bewerten. Stattdessen haben wir Behauptungen gehört. Es fing mit dem Vorwurf an, dass das Ziel, der grundlegende Wert, der Orientierungspunkt dieser Koalition, nämlich privates Engagement vor staatlichem Handeln zu sehen, ein Brandmal sei.

(Frank Sichau [SPD]: Ja!)

Wenn „Privat vor Staat“ nicht Ihre Auffassung ist, müssten Sie für „Staat vor Privat“ sein.

(Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Wer aber „Staat vor Privat“ sagt, der drückt zugleich aus, welches Bild er von Bürgern hat,

(Beifall von der CDU)

nämlich nicht ein Bild von Bürgern als Erwachsene, die eigenverantwortlich sind, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen können, sondern ein Bild von Bürgerinnen und Bürgern als Kinder, als Schutzbedürftige;

(Beifall von FDP und CDU – Frank Sichau [SPD]: Quatsch!)

der will den Kreis der Bedürftigen politisch immer größer ziehen und der will eine Gesellschaft von Taschengeldempfängern. Und das wollen wir ausdrücklich nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb „Privat vor Staat“. Deshalb im Übrigen auch „Freiheit vor Gleichheit“ und „Erwirtschaften vor Verteilen“. Das ist eine soziale Politik,

(Britta Altenkamp [SPD]: Klarheit vor Einheit in Ihrer Koalition!)

die soziale Investitionen und nicht länger soziale Reparaturen will.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist doch lächerlich! – Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist neoliberaler Zynismus!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Lindner, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Kollege Jörg würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

**Christian Lindner (FDP):** Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Kollege Jörg.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Lieber Kollege Christian Lindner,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Lieber?)

haben Sie schon einmal irgendwo von irgendeinem Parteigremium der SPD ein einziges Mal den Slogan „Staat vor Privat“ gehört?

**Christian Lindner (FDP):** Dann muss offensichtlich die Auffassung „Privat vor Staat“ von euch geteilt werden.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

– Entschuldigung. Selbst wenn der Staat genauso wichtig sein sollte wie die einzelnen Menschen, fände ich das schon falsch. Die einzelnen Menschen sind wichtiger als staatliche Bürokratie.

(Beifall von FDP und CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Ich warte die ganze Zeit auf Zahlen!)

– Ich möchte gerne auf die Zahlen zu sprechen kommen, weil das von Britta Altenkamp eingefordert wird.

(Britta Altenkamp [SPD]: Jetzt wird es interessant!)

Ich will das an dem, was Kollege Jörg gesagt hat, deutlich machen. Seine These war, in Nordrhein-Westfalen sei alles weniger gerecht als vorher.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich ahne, was jetzt kommt!)

Jetzt schauen wir uns einmal an: Gerechtigkeit 2005 und Gerechtigkeit 2009.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Im Jahr 2009 erhalten 13,6 % der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz. Im Jahr 2005 sind es 2,8 %. Was ist da fairer, 2005 oder 2009? Ich sage 2009.

(Beifall von der CDU)

Schauen wir uns auch das von Wolfgang Jörg am Rande gewählte Beispiel der Freistellungen der

Leitungen von Kindertageseinrichtungen an. Gerechtigkeit 2005: eingruppiger Kindergarten – keine Leitungsfreistellung, zweigruppiger Kindergarten – keine Leitungsfreistellung, dreigruppiger Kindergarten – keine Leitungsfreistellung, viergruppiger Kindergarten – volle Leitungsfreistellung. Das war Gerechtigkeit 2005.

(Britta Altenkamp [SPD]: Stimmt nicht!)

Gerechtigkeit 2009: eingruppiger Kindergarten – 20 % Freistellung, zweigruppiger Kindergarten – 40 % Freistellung, dreigruppiger Kindergarten – 60 % Freistellung, viergruppiger Kindergarten – 80 % Freistellung usw.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist Gerechtigkeit 2009. Ich sage: 2009 ist fairer als 2005.

Die Frage der Pauschalierung ist der Kernpunkt des Kinderbildungsgesetzes, weil wir auf Kindpauschalen umgestellt haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Der Kernpunkt?)

– Entschuldigung, einer der Kernpunkte. Der systematische Kernpunkt der Umstellung ist natürlich technisch die Kindpauschale. Wir führen hier schon eine Fachdebatte, liebe Britta Altenkamp.

Gerechtigkeit 2005: Die rot-grüne Vorgängerregierung hat für 250.000 € eine Studie in Auftrag gegeben, eine sogenannte Benchmarkinguntersuchung, wie die einzelnen Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen – quer durch die ganze Region – gefördert werden. Dafür hat Rot-Grün 250.000 € aufgewendet. Das Ergebnis bei gleicher Leistung war: Ein Kindergartenplatz – drei- bis sechsjährige Kinder, 25 Kinder in der Gruppe – war bei einem Träger in Ostwestfalen-Lippe, den ich hier nicht nennen will, um 30 % günstiger als bei einem anderen Träger in Aachen.

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD])

Gerechtigkeit heute, 2009: gleiche Leistung, gleiche öffentliche Förderung. Dieses Prinzip verteidige ich.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Das ist theoretisch so! Praktisch ist es nicht so, weil die Leistung nicht gleich ist!)

Den letzten Punkt zu den Elternbeiträgen will ich nicht schuldig bleiben. Ich will ganz klar bekennen, dass ich mir aus Gerechtigkeitsgründen eine Beitragsfreiheit für den Kindergartenplatz wünsche,

(Demonstrativer Beifall von Ingrid Hack [SPD] – Beifall von Ralf Witzel [FDP])

aber nicht – das müssen wir systematisch sauber auseinanderhalten –, weil das die wirklich Schwachen in der Gesellschaft stärken würde. Für die ist der Kindergarten schon jetzt beitragsfrei. Das Problem aber ist, dass insbesondere durch Entscheidungen, die die SPD auf der Bundesebene mit ge-

troffen hat, diese Mitte der Gesellschaft bei einem Durchschnittseinkommen von 36.000 € im Jahr und mit zwei Kindern mit 150 € im Monat belastet worden ist. Diese Mitte der Gesellschaft muss entlastet werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Die ist durch die Mehrwertsteuerlüge auch der SPD belastet worden, die vor der Bundestagswahl gesagt hat: „Nein, die Mehrwertsteuer erhöhen wir nicht“, und die nach der Bundestagswahl nicht nur die von der CDU geforderten 2 % mitgegangen ist, sondern sogar 3 % unterschrieben hat. Deshalb sind die Familien in der Mittelschicht belastet. Für die will ich mich einsetzen, dass die eine Entlastung bekommen, etwa beim Kindergartenbeitrag.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das müssen Sie mal den eigenen Leuten erzählen!)

Das ist heute nicht möglich, weil wir andere Prioritäten im Bereich der Qualität der Kinderbetreuung haben und weil wir mehr Plätze aufbauen. Aber hierzu sage ich: Es muss eine Kernaufgabe der nächsten Legislaturperiode sein, in diesem Bereich zu einer Entlastung der Familien zu kommen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Lindner, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Sichau würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Christian Lindner (FDP):** Das darf er.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Kollege Sichau.

**Frank Sichau (SPD):** Herr Kollege Lindner, in welcher Weise können Sie sich vorstellen, dass Kostenunterschiede bei unterschiedlichen Gruppen darauf zurückzuführen sind, dass die Mitarbeiterinnen aufgrund einer Altersspreizung preiswerter und auch teurer sein können?

**Christian Lindner (FDP):** Sehr geehrter Herr Kollege Sichau, vielen Dank für diese fachliche Frage. Die Kindpauschalen sind auf Basis von Durchschnittswerten kalkuliert. Das Durchschnittsalter der Erzieherinnen liegt bei 42,5 Jahren. Auf dieser Basis sind die Pauschalen errechnet worden. Wir gehen davon aus, dass dieser Durchschnittswert umso eher erreicht wird, je größer die Organisationseinheit ist, also je mehr Einrichtungen von einem Träger betrieben werden. Das Problem, das Sie beschreiben, betrifft kleine Einrichtungen, die nicht diesen internen Ausgleich erreichen können.

(Zustimmung von Minister Armin Laschet)

Um diese Einrichtungen vor betriebswirtschaftlichen Gefährdungen zu schützen, haben wir im Kinderbildungsgesetz eine Sonderförderung in Höhe von 15.000 € im Jahr ermöglicht, damit diese Härte aufgefangen wird. – Vielen Dank für Ihre Fachfrage.

Ich habe nicht mehr viel Zeit. Ich will noch einen zweiten Bereich, der mir persönlich am Herzen liegt, ansprechen: den Kinder- und Jugendförderplan. In diesem Haushaltsjahr haben wir die Förderung für die Kinder- und Jugendarbeit auf 80 Millionen € erhöht. Das ist dadurch erreicht worden, dass wir andere Programme – das Sonderprogramm „Jugend in sozialen Brennpunkten“, aber auch bestimmte Partizipationsprogramme – in den Kinder- und Jugendplan überführt haben. Das ist aber weit mehr als nur eine haushaltstechnische Operation, weil dadurch – erstens – unterschiedliche Antragsverfahren, die Bürokratie bedeutet haben, abgeschafft worden sind.

(Lachen von Andrea Asch [GRÜNE])

– Ja, natürlich. Liebe Frau Asch, bei dem Anteil von 5 Millionen € aus den vorherigen Sonderprogrammen, der jetzt in Strukturförderbereichen etatisiert wird, dürfte auch Ihnen nicht verborgen geblieben sein, dass es da eine Veränderung gegeben hat.

(Britta Altenkamp [SPD]: Zulasten der Innovation! Ohne Not!)

Von den 5 Millionen € sind jetzt einige im Bereich von Strukturfördermaßnahmen angesiedelt, die nicht beantragt werden müssen. Das heißt, hier ist bürokratischer Aufwand reduziert worden.

Zum Zweiten ist diese Verschiebung bedeutsam, weil wir den Kinder- und Jugendförderplan mit einer politischen Garantie belegt haben, dass nämlich die Gelder, die in einem Haushaltsjahr nicht verausgabt worden sind, in das nächste Jahr übertragen werden. Das ist bedeutsam für die Praxis, weil Sie unter Ihrer Verantwortungszeit im Kinder- und Jugendförderplan oft 75 Millionen € im Haushalt stehen hatten, zum Beispiel im Jahr 2004, aber tatsächlich ausgezahlt worden sind im Jahr 2004 nur 69 Millionen €. Die 6 Millionen € sind weggefallen.

(Zustimmung von Ralf Witzel [FDP])

Bei uns ist es jetzt so: 80 Millionen € werden garantiert; fließt das Geld nicht komplett ab, wird es in das nächste Jahr übertragen. Das ist sozialverantwortliche Politik.

(Beifall von FDP und CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Das hoffen Sie!)

Also – das sage ich auch, weil Wolfgang Jörg diese Erhöhung auf 80 Millionen € hier so hat kleinreden wollen – das hat in der Praxis ganz erhebliche Auswirkungen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Die Verschiebung ist nicht klein!)

Ich muss im Telegrammstil wenige Dinge ergänzen. Wir haben den Bereich der Strukturförderung als Koalitionsfraktion gegenüber dem Regierungsentwurf erhöht, weil wir der Auffassung sind, dass Kostensteigerungen berücksichtigt werden müssen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Ah ja? Bei KiBiz nicht!)

dass wir also die Mittelverstärkung in Höhe von 5 Millionen € innerhalb des Kinder- und Jugendförderplans anders orientieren müssen.

Jetzt komme ich noch auf einen wichtigen Punkt von Wolfgang Jörg. Er hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Kinder- und Jugendarbeit ein eigenes Sozialisationsfeld außerhalb von Schule, Beruf und Familie ist. Das Regierungshandeln von SPD und Grünen stand aber im krassen Gegensatz dazu, weil SPD und Grüne für die offene Kinder- und Jugendarbeit im Jahre 2008 null Euro aufwenden wollten. Die Mittel in Höhe von 19 Millionen €, die es damals gab, sollten in den Topf Zusammenarbeit mit der Schule investiert werden, weil die Idee anders, als hier gesagt worden ist, war, Jugendarbeit zum Zulieferbetrieb der Schule zu machen.

(Britta Altenkamp [SPD]: 2008?)

– 2008 war der Plan. Haushaltsänderungsantrag der SPD zum Doppelhaushalt 2004/2005. Da ist die Perspektive gezeigt worden: Haushalt 2008 null Euro für die offene Jugendarbeit. Alles überführt in den Bereich der Kooperationsmittel.

(Frank Sichau [SPD]: Das kann nicht 2008 gewesen sein!)

Das kann ich zeigen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist Unsinn! Der Antrag kann nie so beschlossen worden sein!)

– Der Antrag ist so beschlossen worden. Das kann ich Ihnen zuleiten. Ich habe es noch in guter Erinnerung, und ich habe es auch nicht zum ersten Mal hier erwähnt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ja, ich weiß! Dann zitiere ich noch mal Frau Kastner!)

Wir haben jetzt den Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf 25,7 Millionen € erhöht. Das sind 25,7 Millionen € mehr, als unter einer rot-grünen Regierung, wenn es sie jetzt noch gäbe, für offene Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehen würde.

(Beifall von FDP und CDU)

Null gegen 25,7 Millionen € für eigenständige Jugendarbeit. Da frage ich zum Schluss: Wer war gerechter – das rot-grüne Kabinett oder die schwarz-gelbe Koalition? – Ich meine, die Frage habe ich beantwortet. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Frau Kollegin Asch das Wort. Bitte, Frau Kollegin.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Interessant an dem Beitrag von Herrn Lindner fand ich zwei Punkte. Erstens, dass Sie sich hier in technisches Klein-Klein, was den Landesjugendplan angeht, ergehen,

(Lachen bei CDU, FDP und Minister Armin Laschet)

und zwar in einem Bereich, von dem jeder weiß – alle Jugendverbände, auch Sie wissen es –, dass in diesen Landesjugendplan nicht ein Cent mehr einfließt, sondern dass Sie nur die Sonderprogramme integriert haben. Dass Sie auf diesen Bereich so viel Zeit verwenden, zeigt, dass Sie von anderen Problembereichen ablenken und nicht auf die Tatsache eingehen wollen, dass die Forderung der Jugendverbände lautet, den Landesjugendplan auf 96 Millionen € aufzustocken. Die Zusage, die Sie denen noch in der Opposition gemacht haben, wurde gerade nicht eingehalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich fand auch interessant, dass Sie substantiell nicht auf das von der CDU-Fraktion so gelobte KiBiz-Gesetz eingegangen sind. Vielleicht dämmert es Ihnen ja, dass mit diesem Gesetz vieles schlimmer und nichts besser geworden ist in der Kinderbetreuung in diesem Land.

Aber eine Sache muss ich dazu noch erwähnen, nämlich den offensichtlichen Widerspruch, der bei Ihnen in der Fraktion herrscht, was die Erhöhung des Regelsatzes für Kinder angeht. Während Sie nämlich – das haben Sie im Ausschuss und heute wieder gemacht – die Entscheidung des Bundessozialgerichtes, dass dieser Regelsatz für Kinder nicht auskömmlich ist und erhöht werden muss, begrüßen, haben Herr Witzel und auch Herr Romberg, wie ich eben gehört habe, beide gesagt: Man bräuchte diese Erhöhung gar nicht.

Herr Witzel hat das damit begründet, dass die Eltern das doch nur in irgendwelche Medien, in Videogeräte usw. stecken würden. Herr Romberg hat gesagt, man bräuchte diese Regelsatzerhöhung nicht, weil man kein Geld für Biokost bereitstellen wolle. – Ich fordere Sie auf: Klären Sie innerhalb der FDP-Fraktion erst einmal Ihre Position!

(Ralf Witzel [FDP]: Regelsätze müssen auskömmlich sein, aber das Geld auch bei den Kindern ankommen!)

Ich kann nur sagen: Angesichts von 30 % Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen in dieser Art und Weise darüber zu spekulieren, ist unverantwortlich und wird den Problemen, die die Kinder und Familien in diesem Land haben, nicht gerecht. So viel dazu.

(Beifall von den GRÜNEN –Ralf Witzel [FDP]: Die Situation der Transferempfänger ist individuell unterschiedlich!)

Die CDU-Fraktion – ich habe es gesagt – lobt sich, wir werden das wahrscheinlich vom Minister gleich wieder hören, dass wir das tollste Gesetz haben. Sie müssen sich auch selber loben, weil das Lob von anderer Seite durchweg ausbleibt. Es bleibt nicht nur Lob aus, sondern es hagelt von allen Fachverbänden, von den kommunalen Spitzenverbänden Kritik an Ihrer Haushaltspolitik.

Wir müssen uns nur die Stellungnahme der Verbände zum Haushalt anschauen. Fangen wir an mit den Familienhilfen. Sie betonen immer wieder, wie wichtig es Ihnen ist, Familien zu unterstützen, dass die Familie als Kern der Gesellschaft etc. Unterstützung braucht. Das heißt aber doch, dass man die Unterstützungsangebote mit entsprechenden Mitteln ausstattet. Und was haben Sie gemacht? Sie haben bei der Familienberatung 750.000 € gestrichen.

Das bedeutet aber ganz konkret, dass Familien weniger Unterstützung bekommen, weil sie weniger Beratung bekommen. Und es bedeutet ein Zweites, nämlich, dass der Ausbau der Familienzentren Makulatur wird. Die Familienzentren müssen sich ja vernetzen – das ist ihr konstitutives Element – mit Familienberatung, mit Familienbildung. Wenn Sie in dem Bereich streichen, lassen Sie die Familienzentren, die neu entstehen, zur Makulatur werden.

Wir haben die Rückmeldung, dass eine große Zahl von Kindertagesstätten, die zum Familienzentrum werden wollen, überhaupt keine Kooperationspartner mehr finden, weil die Kapazitäten der Familienberatungsstellen längst überzeichnet, längst erschöpft sind.

Ich kann hier nur die kommunalen Spitzenverbände, die nicht im Geruch stehen, uns als Grünen nahe zu stehen, zitieren:

Die im Bereich der Familienberatung vorgesehene Kürzung ist zu kritisieren. Bereits heute bestehen bei den Familienbildungs- und -beratungsangeboten teilweise lange Wartezeiten. Zudem wurden bereits mit dem Haushalt 2006 empfindliche Kürzungen in dem Bereich vorgenommen. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren hat die Landesregierung vermehrt den Eindruck erweckt, hier künftig die kooperierenden Partner besser finanziell auszustatten. Der vorliegende Haushaltsentwurf spricht hier eine gegenteilige Sprache.

So weit die kommunalen Spitzenverbände, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Genauso deutlich ist die Sprache bei dem wichtigen zentralen Thema, das wir in der Familienpolitik bewegen. Der Bereich, den wir lösen müssen, ist der

U3-Ausbau. Es hagelt nur so Protestresolutionen aus den Kommunen. Einige Überschriften aus den Zeitungen möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: „Kommunen nennen KiBiz verheerend“ – „Aachener Zeitung“ vom letzten Jahr. „Wir können diese Lasten nicht schultern“, „KiBiz-Sorgen sind längst Fakten“ – „Westfalenpost“ vom 27.11.2008. „KiBiz hat uns überrollt“ – „Westfälischer Anzeiger“ vom 30.10.2008.

Die kommunalen Spitzenverbände haben in einer Stellungnahme zum Haushalt und in zwei Briefen, die an unsere Fraktion gegangen sind, deutlich gemacht: Diese Deckelung, die Kontingentierung der U3-Plätze im Haushalt ist nicht bedarfsgerecht. Sie geht vollkommen an den Bedarfen der Familien, die in den Kommunen erhoben werden, vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist Planwirtschaft, die Sie mit dieser Deckelung vornehmen. Das entspricht nicht den Erfordernissen, die vor Ort vorhanden sind und die vor Ort formuliert werden.

Dann begehen Sie wieder zu Ihrer Verteidigung – wahrscheinlich hören wir das auch gleich wieder vom Minister – die Peinlichkeit zu behaupten, Nordrhein-Westfalen sei beim U3-Ausbau an die Spitze der Bundesländer gerückt.

(Minister Armin Laschet: In die Mitte!)

– Jetzt revidieren Sie es. Ich habe die Presseerklärung – ich zeige sie Ihnen gleich – aus Ihrem Haus vom 14. April 2008 vorliegen. Ich gebe Sie Ihnen gleich noch einmal: „Nordrhein-Westfalen rückt an die Spitze.“ Das haben Sie selber erklärt, auch an verschiedenen Orten; es ist ja nachzulesen. Das ist

(Minister Armin Laschet: Wie immer gelogen!?)

– das haben wir schon immer gesagt – gelogen, pardon, es ist Aufschneiderei, wie wir das von Ihnen kennen, Herr Minister Laschet.

(Minister Armin Laschet: Zahlen sind Zahlen, Fakten sind Fakten!)

– Jetzt revidieren Sie es, weil wir seit Ende 2008 die Daten des Statistischen Bundesamtes auf dem Tisch haben. An diesen Daten kommen auch Sie nicht vorbei. Diese Daten zeigen: Nordrhein-Westfalen ist, meine Damen und Herren, mitnichten an die Spitze beim U3-Ausbau gerückt. Wir stehen an vorletzter Stelle.

(Minister Armin Laschet: Das sind Zahlen vor KiBiz!)

Nach uns kommt nur noch Niedersachsen. Mit unserem Ausbau haben wir nicht die gesamte Dynamik, die bundesweit vonstatten geht, wobei Bundesländer wie Hessen, die im Jahre 2005 noch weit hinter uns standen, einen wesentlichen Schub gemacht haben, sodass sie jetzt bei den Prozentzah-

len, die die Bedarfsdeckung betreffen, weit über uns stehen. Das haben wir mitnichten erreicht.

Wir sehen auch hier wieder: Jeder, der dem Minister glaubt – manche von Ihren Abgeordneten tun das ja –, sei mit diesem Beispiel gewarnt. Glauben Sie nicht immer alle Zahlen, die Sie aus dem Hause Laschet geliefert bekommen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist auch spannend, dass, wenn Sie über Erfolge Ihrer Familienpolitik reden, immer nur die Zahl 1,18 Milliarden kommt, die im Haushalt steht. Ich möchte darauf hinweisen, dass so eine Zahl allein überhaupt nichts über die Qualität, die damit erfüllt wird, aussagt. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass wir wissen, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden. Das haben wir Ihnen in den letzten Haushaltsberatungen immer wieder mitgegeben. Das heißt, Sie rechnen viele Leistungen, die nicht direkt bei den Kindern ankommen, in diesen Haushaltsansatz hinein.

Wenn wir außerdem noch hineinrechnen, dass Sie 21 Millionen € an Bundesgeldern aus dem Krippen-Kompromiss nicht an die Kommunen weiterleiten, sondern in diesem Haushalt einbehalten und selbst verfrühstücken wollen, dann sind wir weit unter einer Milliarde €. Wir kommen zu dem Ergebnis, dass jetzt weniger Geld für die Kinderbetreuung, für die Kernarbeit der Kindertagesstätten, im Haushalt steht als im Jahre 2005, als Sie die Regierung übernommen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fazit ist: Sie betrügen die Kommunen um die Bundesmittel. Sie nutzen nicht den Schwung, der durch die bundesweite Debatte, durch die 4 Milliarden €, die der Bund zur Verfügung gestellt hat, in den U3-Ausbau gekommen ist, sondern Sie hemmen mit diesem KiBiz, mit dieser Kontingentierung, mit dieser Planwirtschaft die Entwicklung, die die Kommunen gerne für die Familien in Angriff nehmen wollen.

Das ist das Versagen Ihrer Politik, auch Ihrer Haushaltspolitik. Bessern Sie – wie wir das beantragen – an dieser Stelle deutlich nach, schaffen Sie mehr U3-Plätze, und geben Sie den Kommunen endlich das Geld, das ihnen zusteht!

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laschet das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz der im Moment eher auf Finanzfragen konzentrierten öffentlichen Debatte bleibt es eine der ganz zentralen Aufgaben,

Nordrhein-Westfalen zum kinderfreundlichsten Land zu machen. Hier wollen wir zusätzliche Mittel einsetzen.

Mit dem Kinderbildungsgesetz haben wir eine gute Grundlage für frühe Bildung geschaffen. Nach vielen Besuchen in Kindertagesstätten in den letzten Monaten kann ich Ihnen sagen: Der Start zum KiBiz am 1. August ist gelungen. Überall vor Ort spürt man, es kommt mehr Geld an.

(Beifall von der CDU)

Schon 2008 hat sich das Land wie noch nie zuvor an den Kosten beteiligt. Zum ersten Mal in der sechzigjährigen Landesgeschichte haben wir über eine Milliarde € für frühkindliche Bildung eingesetzt. Für Kindertagesbetreuung, für Sprachförderung, für Familienzentren einschließlich der Investitionen für den U3-Ausbau kommen wir im neuen Jahr mit diesem Haushaltsplan erneut um 210 Millionen € höher. 1,23 Milliarden € stehen für die Kommunen für die Kindertagesstätten zur Verfügung. Darin ist auch das Bundesgeld erhalten, Frau Asch, exakt 84 Millionen €. Aber die Summe ist weitaus höher als alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich eine Bemerkung zum Kollegen Jörg machen, und zwar auf die Frage, ob das Geld nicht abfließt. In der Tat war es ein hohes Ärgernis, dass im Jahre 2008 das Geld nicht abgeflossen ist. Sie wissen, dass das nicht in der Verantwortung der Landesregierung liegt. Wir haben die beiden Landschaftsverbände ins Ministerium einbestellt und ihnen deutlich gemacht, dass wir erwarten, dass das Geld zügig in den Kindertagesstätten ankommt.

Die Rückmeldungen aus dem Monat Januar sind so, dass in hohem Umfang jetzt das Geld in die Kommunen abfließt. Man hat den Stau, der sich ergeben hat, abgearbeitet, sodass wir davon ausgehen können, dass in diesem Jahr – das passt auch in diese konjunkturelle Phase – die 84 Millionen € aus dem Vorjahr plus die erneut 84 Millionen € für das Jahr 2009 in den Kindertagesstätten investiert werden. Ich glaube, das ist gut für die Kinder. Das ist aber auch für diese konjunkturelle Phase von ganz großer Bedeutung.

Wir bauen die Plätze für die unter Dreijährigen weiter aus. Im nächsten Kindergartenjahr werden für 55.600 Kinder dieses Alters Plätze in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stehen.

Christian Lindner hat eben eine beeindruckende Gegenüberstellung von 2005 und 2009 gemacht. Bei diesem Thema ist es eine Verfünfachung für Eltern, eine Verfünfachung der Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 55.000 Kinder haben jetzt die Chance, schon frühkindliche Bildung unter drei Jahren zu erfahren. Auch das gehört in die Erfolgsbilanz.

Ein weiteres großes, erfolgreiches Projekt werden wir ebenfalls fortsetzen. Bis zum Ende dieses Jahres wird es in Nordrhein-Westfalen rund 1.750 Kindertageseinrichtungen geben, die sich zu Familienzentren weiterentwickeln.

Herr Kollege Jörg, Sie sagen: Die können mit dem Geld nicht arbeiten; es ist nicht möglich, für 12.000 € im Jahr ein Familienzentrum zu betreiben. – Dieser These von Ihnen widersprechen Tag für Tag durch ihre konkrete Arbeit 1.750 Einrichtungen. Die machen das nämlich. Die sagen: Herr Kollege Jörg hat nicht Recht; wir können das. – Die Erzieherinnen und Erzieher sagen: Wir machen es Tag für Tag; wir erreichen niederschwelliger die Eltern. – Frau Asch hat eben sogar gesagt: Die sind an der Kapazitätsgrenze angekommen. – Sie müssen sich in der Opposition mindestens mal einigen, ob Sie, Herr Jörg, sagen, es funktioniert überhaupt nicht, oder ob Frau Asch Recht hat, dass sie an der Kapazitätsgrenze sind mit dem, was sie an Familienbildung leisten.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Warum müssen wir uns einigen? – Andrea Asch [GRÜNE]: Wir sind verschiedene Fraktionen!)

In diesem Jahr werden 20 Millionen € für die Familienzentren zur Verfügung stehen. Das sind Investitionen in unsere Kinder, die gut angelegt sind.

**(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)**

Wir haben im letzten Jahr den Bildungsgipfel der Bundeskanzlerin erlebt. Da haben sich die 16 Bundesländer darauf verständigt, Aufstieg durch Bildung bis zum Jahre 2012 mit konkreten Maßnahmen möglich zu machen. Sie haben dort verabredet, dass sie bis zum Jahre 2012 in allen 16 Ländern Sprachstandsfeststellungen mit vier Jahren einführen und dann die Kinder im Kindergarten fördern wollen. Nordrhein-Westfalen macht das schon. Nordrhein-Westfalen macht das seit 2007.

Herr Jörg, Sie haben gesagt, die Sprachförderung liegt am Boden. Die Sprachförderung hat heute viermal so viel Geld wie zu dem Zeitpunkt, als wir die Regierung im Jahre 2005 übernommen haben.

(Beifall von der CDU)

28 Millionen € sind auch nach sozialdemokratischer Rechnung immerhin viermal mehr als 7 Millionen €. Über Adam Riese und Zahlen können wir wirklich nicht streiten. Wahrscheinlich lag es daran, Herr Kollege Jörg, dass Herr Lindner Ihnen deutlich gemacht hat: Lieber gar keine Zahlen nennen! – Denn wenn Sie Zahlen nennen würden, müssten Sie zugestehen, dass 28 jedenfalls viermal mehr als sieben ist, egal, wo man seine Bildungserfahrungen gemacht hat.

(Beifall von CDU und FDP)

In diesem Jahr werden mehr Kinder als im letzten Jahr an einer zusätzlichen zweijährigen Sprachförderung vor der Einschulung teilnehmen. Im Jahr

2008 waren es 68.000 Kinder; wahrscheinlich werden es im Jahr 2009 über 100.000 Kinder sein. Mit Delfin 4 haben Schul- und Jugendministerium gemeinsam ein Verfahren eingeführt, das von anderen kopiert wird.

Letztens hat mir ein Koalitionsabgeordneter vertraulich gesagt: Sie müssen sich nicht immer so viel mit Frau Asch beschäftigen. Die behauptet manchmal auch nur Sachen, damit Sie Ihre ganze Rede Frau Asch widmen. – Deshalb, liebe Frau Asch, versuche ich es, ganz kurz zu machen. Auch Ihnen kommt man vielleicht eher entgegen, wenn man mit Zahlen argumentiert.

Dieses blaue Buch ist der Haushaltsplan. Ich weiß nicht, ob sie schon einmal hineingeschaut haben. Wenn Sie hineinschauen, werden Sie unter der Titelgruppe 60 „Förderung der Familienhilfe und Familienbildung“ die Zahlen für 2008 und für 2009 finden. Im Jahr 2008 waren es 22.037.400 €. Im Jahr 2009 sind es 22.037.400 €. Das ist also exakt dieselbe Summe wie im Vorjahr. Sie haben hier eben mit Akrobatik vorrechnen wollen, dort sei gekürzt worden.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das war ein Originalzitat der kommunalen Spitzenverbände!)

Bei der Familienhilfe und der Familienbildung ist kein einziger Euro gekürzt worden. Das ist die Widerlegung des ersten Punktes Ihres Vortrags.

(Beifall von der CDU)

Zweitens ich zu keinem Zeitpunkt gesagt, Nordrhein-Westfalen sei Spitze bei den U3-Plätzen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Dazu kommen wir gleich!)

– Dann tragen Sie es vor! – Nordrhein-Westfalen ist Spitze bei der Stundenbelegung. Nordrhein-Westfalen holt im Übrigen gewaltig auf. Ich könnte gar nicht behaupten, dass wir Spitze sind, weil mindestens fünf ostdeutsche Bundesländer immer schon vorne gelegen haben. Das ist eine absurde These. Aber das werden wir gleich von Ihnen hören. Sie werden gleich vorlesen, wo das steht.

Sie haben eine Statistik zitiert, die auf dem 15. März 2007 basiert. In der Tat waren wir damals Vorletzter. Meine These, die ich an diesem Pult Debatte für Debatte wiederholt habe, war: Mit KiBiz rücken wir ins deutsche Mittelfeld. Mit KiBiz machen wir diesen großen Sprung bei U 3.

(Beifall von der CDU)

Deshalb haben Sie mir gerade indirekt sogar Recht gegeben: KiBiz ist die Erfolgsstory, die am 15. März 2007 noch nicht galt. Wenn über 2008 abgerechnet wird, werden Sie sehen: Wir sind nicht mehr Schlusslicht wie unter Rot-Grün. Wir stehen im Mittelfeld der deutschen Länder. Dass wir an der Spitze stehen, würde ich nie behaupten.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Frau Asch hat dann die „Aachener Zeitung“ und andere zitiert.

(Andrea Asch [GRÜNE] redet auf ihrem Platz mit Walter Kern [CDU].)

– Frau Kollegin Asch, darf ich Ihnen einen Vorschlag machen? Melden Sie sich doch kurz zu Wort, stellen Sie eine Zwischenfrage, und lesen Sie mir vor, wo ich gesagt habe, dass wir bei U 3 Spitze sind!

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ich melde mich noch mal!)

– Umso schöner. Dann melde ich mich auch noch einmal, weil es mit Sicherheit nicht stimmt. Aber das Hohe Haus wird mit Spannung verfolgen, wann Sie sich melden.

Drittens haben Sie gesagt – jetzt habe ich schon wieder viel zu viel Zeit für Frau Asch verwendet –:

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Ihr Problem!)

Die Kommunen klagen darüber, dass U 3 mehr Geld kostet. – Logischerweise kostet das mehr Geld. Insbesondere im Landkreis Aachen hat man plötzlich gemerkt: Das kostet mehr Geld, weil wir jetzt mehr für U3-Kinder ausgeben müssen. Das hat aber nichts mit dem KiBiz zu tun, sondern ist schlicht die Folge der Verständigung von Bund, Ländern und Kommunen bei Frau von der Leyen, im Jahr 2013 einen Rechtsanspruch einzuführen. Dazu müssen die Kommunen natürlich ihren Teil leisten. Wir helfen den Kommunen dabei mit so viel Geld wie noch nie. Bei U 3 wird die Bilanz dann umso erfolgreicher sein.

Ich könnte Ihnen noch stundenlang vortragen, wie großartig die Landesregierung auf den anderen Politikfeldern ist.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Lassen Sie es lieber!)

Das muss ich jetzt leider lassen, weil ich nur noch eine Minute Redezeit habe.

(Zurufe von Barbara Steffens [GRÜNE] und Britta Altenkamp [SPD])

Das Wichtigste ist vielleicht noch das Programm Familienpolitik. Unter der Dachmarke „Familie kommt an“ bündeln wir im Moment mit den Kommunen und den Verbänden all unsere Aktivitäten. Es ist ebenfalls ein Novum, die Verbände, die Wirtschaft und die Kommunen mit an Bord zu holen. Der Wettbewerb „familie@unternehmen.NRW“ hat gezeigt, wie viele Unternehmen sich heute bereits familienpolitisch gut aufstellen. Ab 2009 sollen im Rahmen des Ziel-2-Programms rund 20 Modellprojekte gefördert werden, deren Umsetzung und Ergebnisse auf ganz Nordrhein-Westfalen ausstrahlen.

Lassen Sie mich damit schließen: Wir stehen am Anfang eines Superwahljahres. Die Landeszentrale für politische Bildung, die ebenfalls in diesem Haushalt berücksichtigt ist, hat sich zum Ziel gesetzt, die Wahlbeteiligung sowohl bei der Europawahl als auch bei der Kommunalwahl und der Bundestagswahl zu steigern und junge Menschen für Politik zu interessieren.

In dieser Woche, in der in Berlin 90 Jahren Frauenwahlrecht gedacht worden ist, wurde in Erinnerung gerufen, dass bei der ersten Wahl im Jahr 1919 80 % der Frauen wählen gegangen sind. Ich würde mir wünschen, dass wir mit ähnlichen Werten anschließen können und insbesondere junge Menschen erreicht werden, in diesem Jahr wählen zu gehen. Denn das Wichtigste, was man bei dem demografischen Wandel in einer Gesellschaft, in der Jung und Alt nicht auseinanderfallen können, tun kann, ist, wählen zu gehen und seine bürgerlichen Rechte wahrzunehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herzlichen Dank, Herr Minister Laschet. – Frau Asch hat sich noch einmal gemeldet. Sie haben das Wort.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Herr Minister Laschet, um den Widerspruch aufzulösen, der sich zwischen uns aufgetan hat, und auch, um die Zuhörerschaft gut zu informieren: Ich habe hier eine Presseerklärung Ihres Hauses vom 14. April 2008. Darin werden Sie wie folgt zitiert:

„Vom Schlusslicht ... schaffen wir mit KiBiz den Sprung auf einen der Spitzenplätze unter den Ländern beim Ausbau der Betreuungsplätze für Unterdreijährige“, sagte Laschet.

(Zuruf von der CDU: Auf einen der Spitzenplätze! – Gegenruf von Barbara Steffens [GRÜNE]: Spitzenplätze!)

Herr Laschet, entweder sollten Sie sich mit Ihrer Presseabteilung besser abstimmen, oder Sie wollen sich jetzt, wo wir die Daten schwarz auf weiß haben, nicht mehr an das erinnern, was Sie uns auch hier immer verkündet haben. Das ist der Fakt. Sie haben einfach aufgeschnitten und etwas behauptet, was nicht richtig ist.

Auch nicht richtig ist übrigens – weil wir gerade bei den Zahlen sind –, dass es sich hier um Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2007 handelt. Sie sollten sich auch an dieser Stelle besser informieren. Es waren Zahlen vom 15. März 2008. Das ist der Fakt. Dort haben wir eine Bedarfsabdeckung für 2008 von 16,6 % in Hessen und von 9,4 % in Nordrhein-Westfalen. Diese Fakten können Sie hier nicht wegreden.

Sie können auch nicht wegreden, dass der größte Teil des Aufbaus bei den U3-Plätzen in Nordrhein-

Westfalen vor Inkrafttreten des KiBiz stattgefunden hat

(Zurufe von der CDU: Was? – Minister Armin Laschet: Das stimmt doch nicht!)

und dass wir jetzt hinterherhinken. Dies ist wiederum ein Beispiel dafür, dass das KiBiz kein Motor, sondern ein Hemmschuh bei der Entwicklung der U3-Plätze ist.

(Widerspruch von der CDU)

Das lesen Sie in den Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände. Das hören Sie auch von den Eltern, die genau sehen, dass sie jetzt weniger Bedarfsgerechtigkeit haben und sich auf bestimmte Betreuungszeiten einzwängen lassen müssen. Den größten Unsinn – dass die neu hinzugekommenen U3-Plätze nur noch für 25 Stunden gebucht werden können – haben die Koalitionsfraktionen dem Minister ja aus dem Gesetz herausgestrichen.

All das zeigt: Der Minister ist mit seinem KiBiz nicht auf der Höhe der Zeit. Er ist ein Hemmschuh für den Ausbau und die familienfreundliche Betreuung.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herzlichen Dank, Frau Asch. – Jetzt ist Herr Minister Laschet noch einmal gefordert und hat sich auch zu Wort gemeldet.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich hatte mir schon gedacht, dass das, was Frau Asch sagte, nicht stimmt. Jetzt hat sie es für das Protokoll des Parlaments noch einmal für alle nachlesbar dargestellt. Demnächst schicken wir die beiden Reden vielleicht einmal an die Verbände.

In ihrem ersten Beitrag hatte sie behauptet, dass Laschet sagt: Wir sind spitze in Deutschland. – Jetzt hat sie es richtig gesagt. Wenn sie Laschet zitiert, dann liegt sie richtig.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

– Ja. Wenn Frau Asch Laschet zitiert, sagt sie hier mal etwas Wahres. „... schaffen wir mit KiBiz den Sprung auf einen der Spitzenplätze unter den Ländern“, ist richtig. Das hat sie gerade vorgelesen. Frau Asch hat Laschet zitiert. Daher liegt Frau Asch richtig.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das hilft Ihnen nicht, Herr Minister!)

Zweitens. Im Jahr habe ich mich in der Tat vertan, aber nicht in der Substanz. Die Zahlen, die Sie zum Thema U 3 gerade vorgetragen haben, betreffen den 15. März 2008. Ich habe eben 2007 gesagt.

Das ist aber immer noch Vor-KiBiz-Zeit. Der 15. März 2008 lag knapp vor Frühlingsanfang.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ich hatte also recht!)

– Nein. Jetzt sage ich Ihnen, warum Sie nicht recht haben. – Am 1. August 2008 war schon Sommer. An diesem Tag war der Beginn von KiBiz. Mit diesem KiBiz-Beginn ist die Zahl der Plätze auf 44.000 gestiegen. Vor KiBiz lag sie bei 16.000 oder 17.000.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie hier Zahlen des Statistischen Bundesamtes vom 15. März 2008 zitieren und noch einmal explizit darauf hinweisen, dass es sich dabei um Zahlen vom 15. März 2008 handelt, machen Sie jedem der Zuhörer klar, dass Sie über die Vor-KiBiz-Zeit reden.

Mit dem Beginn von KiBiz gab es 44.000 Plätze. Deshalb kommen wir mit KiBiz, wie Frau Asch gesagt hat, auf einen der Spitzenplätze in Deutschland.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, für diesen Teilbereich liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zum

### **Teilbereich Frauen**

Dazu erteile ich Frau Kieninger von der SPD-Fraktion das Wort.

**Gerda Kieninger (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Nachdem die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen 2006/2007 die Axt bei der Frauenpolitik angelegt haben, ist die Fraueninfrastruktur im Lande zu einer Restgröße geworden. Wie schon in den vergangenen Jahren muss ich auch heute feststellen, dass Frauenpolitik unter dieser Regierung so gut wie gar nicht stattfindet.

Seit sage und schreibe drei Jahren stehen im Haushalt Mittel für eine sogenannte Hotline W – W für Wiedereinstieg. Wenn man funktionierende Strukturen zerschlagen hat, ist es aber gar nicht so einfach, eine Beratung zum Wiedereinstieg in den Beruf – welcher Art auch immer – wieder aufzubauen.

Nun ist Anfang 2009, und wir lüften das Geheimnis. Das Netzwerk W geht an den Start, und zwar in 23 Kreisen und 14 kreisfreien Städten. Eine kleine Rechnung: 74 % der Kreise und 42 % der kreisfreien Städte sind beteiligt.

Insgesamt 37 bezuschusste Projekte an 41 Standorten bilden das Netzwerk W. In diesem Rahmen werden lokale Angebote gesichtet, Bedarfe identifiziert und Unternehmen sensibilisiert, um sie in Form einer Website präsentieren zu können, die dann auch der Hotline als Grundlage zur Verfügung stehen soll.

Allerdings stellen sich folgende Fragen: Was passiert, wenn die Projekte des Netzwerkes ausgelaufen sind? Was ist mit der Nachhaltigkeit? Wer pflegt dann diese Website? – Es gibt also viele offene Fragen und keine Antworten. Das ist die Koalition der Ernüchterung und der Enttäuschung.

Es ist Konsens in diesem Haus, dass wir Gewalt gegen Frauen nicht dulden. Bedauerlicherweise werden Frauen aber auch in diesem Land Opfer von Gewalt. Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, reden in der Innen- und Rechtspolitik gerne vom Opferschutz, der wichtiger sei als Täterschutz.

Dies muss aber auch in den Fällen gelten, in denen Frauen Opfer von Gewalt werden. Für den Opferschutz müssen dann auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Der Haushaltsansatz wird seit 2007 überrollt, nachdem er 2006 drastisch gekürzt worden ist. Nicht einmal die Inflationsentwicklung und die Tarifabschlüsse der letzten Jahre werden in Ihrem Haushaltsentwurf berücksichtigt.

In den Frauenberatungsstellen und bei den Frauennotrufen hat sich die Finanzsituation dramatisch entwickelt. Für die Frauenberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt und die Frauennotrufe bedeutet das, dass die Beratungszeiten und Öffnungszeiten gekürzt werden. Für die Frauen, die Hilfe suchen, heißt das aber, in größter Not keine schnelle Hilfe und Beratung zu bekommen.

Wir wollen, dass diesen Frauen zeitnah geholfen wird. Deshalb wollen wir den Haushaltsansatz um 150.000 € erhöhen, wie es die Beratungsstellen und Notrufe auch fordern.

(Beifall von der SPD)

Die Deckung erbringen wir aus dem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Im Zeitalter des Internets können viele Hochglanzpublikationen eingespart werden, besonders wenn sie einseitig in der Darstellung sind. Als Beispiel will ich nur das Buch „Frauen verändern EUROPA verändert Frauen“ nennen, in dem elf engagierte Europäerinnen vorgestellt werden, die allesamt der EVP angehören. Es stellt sich die Frage: Hat keine andere Partei engagierte Europäerinnen?

(Zuruf von der CDU: Ja, wahrscheinlich!)

Seit 2006 ist die vierte Fachstelle in den Frauenhäusern ersatzlos gestrichen. Die Aufgaben sind damit allerdings nicht weggefallen. Ein Verzicht auf die nachsorgende Betreuung bringt zwangsläufig eine massive Erhöhung der Rückfallquote mit sich.

Die Frauenhäuser sind daher gezwungen, diese Aufgaben auch weiterhin wahrzunehmen. Das aber führte in den letzten Jahren zu einer Reduzierung der Betreuungsplätze. Da die Plätze für gewaltbetroffene Frauen ein Mindestangebot vorhalten müssen, trifft die Kürzung die Kinder, die gerade in Gewaltbeziehungen die größten psychischen Belastungen ertragen müssen.

Die zu dünne Personaldecke führt dazu, dass zu Zeiten, in denen die meisten Notfälle zu verzeichnen sind, nämlich nachts, die Frauenhäuser nicht mit dem nötigen Betreuungspersonal ausgestattet sind und Aufnahmen unmöglich werden. Wir wollen, dass geschlagene Frauen mit ihren Kindern auch nachts eine Zufluchtsstätte in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall von der SPD)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Frauenhäusern haben in den letzten Jahren mit großem persönlichen Einsatz versucht, diese Kürzungen zu kompensieren. Dafür gebühren ihnen unser Dank und unsere Wertschätzung. Trotz vieler unbezahlter Überstunden stehen die Einrichtungen inzwischen mit dem Rücken an der Wand. Das kann nur durch eine Mittelausstattung, wie sie bis 2005 etatisiert war, abgewendet werden. Wir fordern daher, die vierte Stelle in den Frauenhäusern wieder zu finanzieren.

Nach fast vier Jahren schwarz-gelber Landespolitik stelle ich fest: Für Frauen im Lande sind und bleiben Sie die Koalition der Ernüchterung und Enttäuschung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Kieninger. – Für die CDU-Fraktion spricht nun die Kollegin Westerhorstmann.

**Maria Westerhorstmann (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kieninger, insbesondere was die Platzknappheit und die Vorhaltung von Plätzen in den Frauenhäusern angeht, ist mir schleierhaft, wie Sie zu den Zahlen kommen. Wir haben heute Morgen ins Internet geguckt und festgestellt, dass immerhin noch 25 Häuser freie Plätze für Frauen mit Kindern haben. Entweder läuft bei der Pflege der Internetseiten etwas verkehrt, oder die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf im Einzelplan 15 haben wir für das Jahr 2009 wieder eine solide und verlässliche Grundlage für den frauenpolitischen Bereich bereitgestellt. Das bedeutet Planungssicherheit und ist in diesen Zeiten der unsicheren Haushaltsplanung, der Finanzplanung, der Haushaltskonsolidierung und auch angesichts des nach wie vor enormen

Schuldenberges wichtig und richtig. Und dennoch werden in 2009 die Schwerpunkte der Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen im Kapitel „Gleichstellung von Frau und Mann“ so gesetzt, dass unsere Infrastruktur bundesweit immer noch führend ist.

Deshalb freue ich mich, dass Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr die Konferenz der Gleichstellungs-, der Frauenministerinnen und Frauenminister, der -senatorinnen und -senatoren der Länder ausrichten wird. Angesichts der gerade erschienenen Studie zur Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund wird das Thema „Frauen und Integration“ auf dieser Konferenz hochaktuell sein. Zielgerichtet und offensiv wollen wir unsere Frauenpolitik für die integrationspolitischen Herausforderungen öffnen und auch frauenpolitisch beeinflussen. Dies ist richtig und wichtig, denn Frauen sind maßgebliche Trägerinnen des gesellschaftlichen Wandels, ohne die Integration nicht gelingen wird. Eines ist sicher: Integration kann nur gelingen, wenn wir die Frauen mitnehmen.

Daher wird es 2009 viele Projekte geben, mit denen wir die Integrationschancen von Frauen verbessern und damit an die Arbeit der letzten Jahre anknüpfen. Ich möchte nur einige Projekte nennen: „Neue Wege in den Beruf – Mentoring für junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte“ läuft bis Dezember 2011 und wird mit 1 Millionen € kofinanziert. Für „Erfolgreich arbeiten mit zwei Kulturen“ stehen im Haushalt 2009 120.000 € zur Verfügung.

Es ist uns auch wichtig, integrative Prozesse zwischen Eltern und Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsländern zu fördern, eine Maßnahme, die vom Bund und vom Land insgesamt mit 295.000 € unterstützt wird. Im Etat für Gleichstellungspolitik sind hierfür 105.000 € im Jahr 2009 eingeplant. Mit 230.000 € werden wir weiterhin die Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsheirat unterstützen. Das ist ein einvernehmlicher Beschluss der Fraktionen in den letzten Haushaltsberatungen.

Noch immer befassen wir uns mit dem Thema der häuslichen Gewalt. Ja, uns ist der Opferschutz wichtig. Frauen sind in besonderem Maße davon betroffen. Ich bin froh darüber, dass dieses Thema mittlerweile auf allen Ebenen ernst genommen wird. Deshalb sind die runden Tische, die sich auf örtlichen und regionalen Ebenen gebildet haben, von großer Wichtigkeit. 100.000 € stehen dafür zur Verfügung.

Neben den genannten Themen ist uns weiterhin die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und somit auch die berufliche Förderung von Frauen ein besonderes Anliegen. Für Frauen von heute ist es selbstverständlich, erwerbstätig zu sein und für ihre eigene Absicherung zu sorgen. Ich will gar nicht auf die Fakten des demografischen Wandels eingehen, der uns in Zukunft vor ganz andere Herausforderungen stellen wird. Wir wissen um die Qualifikation und die Kompetenzen von Frauen. Deshalb wollen wir sie

nicht brachliegen lassen. Das Aufgabenfeld „Frau und Beruf“ wird auch in diesem Haushalt einen besonderen Schwerpunkt einnehmen. Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen und in den sogenannten MINT-Fächern. Wir tun etwas für Wiedereinsteigerinnen und unterstützen die gerade angesprochene Landesinitiative Netzwerk W mit 390.000 €.

Wir tun etwas für weibliche Führungskräfte. Bundesweite Anerkennung bringen unsere Mentoringprogramme „KIM – Kompetenz im Management“ sowie „PePon – Personalpotenziale nutzen“ nach vorn. Insgesamt stehen für diese beiden Maßnahmen 320.000 € zur Verfügung.

Die Zeit, meine Damen und Herren, reicht an dieser Stelle nicht aus, um alle Programme und Projekte zu erwähnen. Aber es wird deutlich, dass das Themenfeld Frau und Beruf zentral ist und sich vieles in der Umsetzung befindet.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den seit Jahren bewährten Förderprojekten sagen. Diese sind auch Kernstück unserer Arbeit. Zu nennen wäre hier die Förderung von Frauennotrufen, Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen sowie die Projekte zum Ausstieg aus Prostitution. In dieser Infrastruktur sind wir bundesweit und darüber hinaus – ich erinnere nur an unsere Ausschussfahrt – führend. Aber Sie von der Opposition stellen in jedem Jahr die gleichen Anträge. Es ist ja schön und gut und auch Ihre Aufgabe, Anträge zu stellen. Entscheidend ist aber die Realität. Und da schneiden wir mit unserer finanziellen Ausstattung in Frauentiteln gar nicht so schlecht ab. Ich rate Ihnen in der Opposition, dringend einmal über die Landesgrenzen zu schauen. Auch von Rot-Grün regierte Bundesländer sind nicht auf Rosen gebettet und müssen sparen, auch im Frauenhaushalt.

Mit der Betonung darauf, dass wir im Jahre 2009 viele bewährte Projekte fortsetzen werden, zugleich aber auch eine Reihe neuer Akzente einfließen lassen, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Westerhorstmann. – Für die FDP spricht nun die Kollegin Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Vertretung meiner Kollegin Ingrid Pieper-von Heiden darf ich für die FDP-Fraktion zum Frauenetat einige Anmerkungen machen.

Um es vorwegzunehmen: Viele Maßnahmen der Landesregierung kommen auch Frauen direkt zugute, die nicht in dem Kapitel „Gleichstellung von Frau und Mann“ des Ministeriums für Generationen, Fa-

milie, Frauen und Integration veranschlagt sind. Hier möchte ich nur den massiven Ausbau der frühkindlichen Förderung und den Ausbau der Ganztagsangebote an den Schulen nennen, von denen selbstverständlich und gerade auch Frauen profitieren.

(Gerda Kieninger [SPD]: Männer auch!)

– Deswegen sagte ich ja „auch“ Frauen. Dies gilt also nicht allein für Frauen, sondern „auch“ für Frauen,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

denn wir wissen, dass die gesellschaftliche Realität oft so ist, dass diese Angebote vielfach in besonderer Weise für Frauen eine Erleichterung darstellen und ein attraktives Angebot sind.

Dennoch möchte ich mich in den Ausführungen primär auf die Haushaltstitel beziehen, die der Gleichstellung, dem Schutz vor psychischer und physischer Gewalt und der beruflichen Unterstützung gewidmet sind.

2009 wird Nordrhein-Westfalen die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder mit dem thematischen Schwerpunkt „Frauen und Integration“ ausrichten und zum zweiten Mal den Vorsitz führen. Das ist als Verpflichtung und Herausforderung zu werten, die das Land Nordrhein-Westfalen sehr gerne annehmen sollte und sicherlich auch sehr gerne annimmt. Im Haushaltsjahr 2009 sind für die Ausrichtung der Konferenz, für die in der Frauenabteilung des Ministeriums unter anderem eine Geschäftsstelle eingerichtet worden ist, 95.000 € veranschlagt.

Die unlängst veröffentlichte Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung hat uns wieder einmal verdeutlicht, dass die Frage der Integration von herausragender Relevanz ist. Das betrifft selbstverständlich auch die Zuwanderinnen. Unter anderem stellen wir für das Programm „Erfolgreich arbeiten mit zwei Kulturen“ im Haushalt 2009 120.000 € zur Verfügung, um die Zehntausenden von selbstständigen Frauen mit Migrationshintergrund in ihrer Netzwerkarbeit zu unterstützen. Auch die Fortführung des Projekts „Neue Wege in den Beruf – Mentoring für junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte“, das gerade jungen Zuwanderinnen bei einem erfolgreichen Berufseinstieg hilft, begrüße ich sehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns jedoch bei den Fragen der Integration stets dessen bewusst sein, dass eines der Probleme der Integration oftmals die fehlende Selbstbestimmung vor allem der Frauen ist. Daher hatte die FDP bereits im vergangenen Jahr auf zusätzliche Mittel im Kampf gegen die Zwangsheirat gedrängt. Ich bin sehr froh, dass wir auch in diesem Jahr 230.000 € in diesem Kapitel im Kampf gegen die archaische Tradition bereitstellen können. Sie wissen ja, dass auch die

Bundesländer, in denen die FDP mitregiert, Gesetzesinitiativen im Bundesrat gegen Zwangsverheiratung ergriffen haben.

Meine Damen und Herren, dass Gewalt gegen Frauen und Kinder eben nicht ein vorwiegend kulturelles Problem, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist, zeigen uns die notwendigen – ich sage ausdrücklich: leider – vielfach notwendigen Anlauf- und Beratungsstellen für Frauen.

Körperliche, sexuelle und psychische Gewalt sind leider für viele Frauen in diesem Land nach wie vor eine permanente Bedrohung und eine traurige Lebenswirklichkeit. Daher ist es richtig, dass wir Frauenberatungsstellen, Zufluchtstätten und Fraueninitiativen weiterhin konsequent mit deutlich mehr als 11,5 Millionen € unterstützen.

Auch wenn es in diesem Bereich im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung zu Beginn der Legislaturperiode Kürzungen geben musste, konnten wir eine flächendeckende Schutz- und Beratungsstruktur erhalten. Wir sind uns – das möchte ich hier unterstreichen – der sehr wichtigen und auch menschlich sehr belastenden Arbeit, die wiederum besonders Frauen in diesem Bereich leisten, sehr bewusst. Das hohe Engagement aller in diesem Bereich Tätigen, sei es professionell oder ehrenamtlich, verdient unsere ausdrückliche Anerkennung.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang gerne noch auf eine zukunftsgerichtete Überlegung eingehen. Es macht aus unserer Sicht Sinn, zukünftig die Kompetenzen in einem stärkeren Maße zu bündeln und zum Beispiel Frauenhäuser zu Frauenkompetenzzentren weiterzuentwickeln. Auch wenn wir bereits in einem langen gesellschaftlichen Prozess große Erfolge in der Schaffung gleicher Chancen und im Abbau von Benachteiligung von Frauen erreichen konnten, spezielle Förder- und Unterstützungsmaßnahmen sind nach wie vor geboten.

Dass wir auch bei der Chancengerechtigkeit im beruflichen Leben vorankommen, belegen uns die Zahlen aus der Landesverwaltung und der Anstieg der Frauenerwerbsquote in Nordrhein-Westfalen von 2005 bis 2007 um 2,5 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir die Beteiligung der Frauen – und damit will ich dann auch zum Schluss kommen – in technischen und naturwissenschaftlichen Studien und Berufen verbessern, den beruflichen Wiedereinstieg unterstützen, den Anteil der Frauen in der Forschung und in Führungspositionen erhöhen wollen, sind zentrale Anliegen der Frauenpolitik dieser Landesregierung, die wir tragen, und wir unterstützen sie auch mit 2 Millionen € Förderung.

Meine Damen und Herren, bei den meisten Aufgaben handelt es sich um Querschnittsaufgaben, so dass die tatsächliche Förderung in den verschiedenen unterschiedlichen Ressorts verteilt ist. Wir kön-

nen mit Recht sagen, dass es uns gelungen ist, die finanziellen Mittel für die notwendigen Maßnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann auf hohem Niveau zu verstetigen.

Ich werde deswegen für die FDP-Fraktion dem vorgelegten Haushalt in diesem Bereich zustimmen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Kollegin Steffens.

**Barbara Steffens<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass immer wieder vergessen wird, was ein Frauenhaushalt eigentlich leisten soll und warum er da ist. Er ist ja nicht einfach da, weil Frauen sozusagen als Sahnehäubchen einen Extrahaushalt bekommen, sondern er ist da, um einen Nachteilsausgleich sicherzustellen. Er soll sicherstellen, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts nicht diskriminiert werden, Gewalterfahrung machen oder Nachteile erfahren bzw. dieses kompensieren.

Zu meinen, es sei gut, wenn man diesen Haushalt einfach überrollt und das, was man in der Vergangenheit gekürzt hat, gar nicht mehr erwähnt, finde ich sehr problematisch. Ich glaube, als Erstes muss man sich anschauen, wie die gesellschaftliche Situation ist. Es ist ja nicht so, dass heute noch alles so wie vor fünf Jahren ist. Wir wissen vielmehr, dass der Anteil an Gewalt gegen Frauen steigt, dass sexualisierte Gewalt bei Jugendlichen immer öfter vorkommt und dass sexualisierte Gewalt in Familien und bei Frauen weiter zunimmt.

Im Februar wird das Bundesministerium – zu dem müsste der Landesminister eigentlich einen guten Zugang haben – eine neue Gewaltstudie veröffentlichen. In dieser Gewaltstudie werden Muster von Gewalt, Schweregrad, Risikofaktoren untersucht. Es sind sehr interessante neue Aspekte in dieser Studie enthalten, und es wird aufgrund dieser Studie vor allen Dingen noch einmal klar: Gewalt ist kein Schichtenproblem, und Gewalt gegen Frauen ist auch keine Angelegenheit nur unter Migranten.

Vor dem Hintergrund müssen wir uns anschauen, wie unsere Strukturen in Nordrhein-Westfalen sind. Das führt dazu, dass man zu anderen Erkenntnissen als der kommt, dass alles gut ist, dass alles ausreicht und dass Nordrhein-Westfalen Klasse ist. Die Beratungsstrukturen und Beratungsstellen, die wir haben, mussten nämlich in den letzten Jahren massive Kostensteigerungen hinnehmen.

Ich nenne als einen Punkt die zweite Fachkraftstelle, die Sie gestrichen haben. Diese fordern wie wieder für diese Frauenhäuser.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn genau diese zweite Fachkraftstelle ist eine Fachkraftstelle, die in der Beratung und Begleitung gerade auch der Betroffenen notwendig ist, die mittlerweile mit SGB-II-Problematiken oder anderen Hintergründen in die Frauenhäuser gehen. Wir brauchen diese zweite Fachkraftstelle aber auch, um eine nachgehende Beratung vorzunehmen. Es reicht nicht, nur zu sagen: Schön, jetzt waren die Frauen eine Weile hier, jetzt ist alles gut, und jetzt können sie wieder zurück in den Alltag. – Vielmehr brauchen sie eine nachgehende Begleitung.

Also, vieles, was in der Vergangenheit selbstverständlich war, gibt es nicht mehr, und es stimmt natürlich, dass er hier und da gelegentlich einen offenen Frauenhausplatz gibt. Es gibt allerdings auch viele Frauen, die von den Frauenhäusern abgewiesen werden. Es ist schließlich so, dass Gewalt gegen Frauen statistisch betrachtet nicht übers ganze Jahr gleichmäßig verteilt vorkommt. Wir haben vielmehr immer Situationen wie Weihnachtsfeste, Ferien und bestimmte andere Anlässe, in denen die Gewalterfahrung in den Familien zunimmt, und wir haben Zeiten, in denen weniger Gewalt vorkommt.

Wir müssen auch dann, wenn die Gewaltspitzen in den Familien auftreten, Frauen schützen und ihnen eine Unterkunft bieten. Da kann man nicht sagen: Im Jahresdurchschnitt ist das eigentlich gut, und wir haben immer wieder mal leere Plätze. – Das nützt der einzelnen Frau, die verprügelt vor der Tür des Frauenhauses steht, überhaupt nichts.

Wir haben in dem Bereich auch noch andere Probleme – Stichwort Residenzpflicht –, die zwar nichts mit dem Haushalt zu tun haben, die wir aber lösen müssen; dadurch kommen nämlich mehr Probleme und ein größerer Aufwand auf die Frauenhäuser zu.

Wir wollen, dass das Mädchenhaus in Bielefeld und ein zweites Mädchenhaus in der Rhein-Ruhr-Region finanziert werden. Denn auch da kann man nicht einfach „Augen zu und durch“ sagen. Wir machen etwas gegen Zwangsheirat. Wir fordern die Frauen auf, sich zu wehren. Aber wenn sie dann irgendwo vor der Tür stehen und Probleme haben, gibt es nichts und niemanden in Nordrhein-Westfalen, der sie aufnimmt, und das, was das Mädchenhaus in Bielefeld jetzt an Plätzen bietet, ist bei Weitem nicht ausreichend für Nordrhein-Westfalen.

Wir wollen, dass die landesgeförderten Notrufe und dass die Frauenberatungsstellen entsprechend den Kostensteigerungen mehr Geld bekommen. Man kann sich nämlich nicht hinstellen und sagen, super, der Haushalt ist überrollt, obwohl man gleichzeitig weiß, dass die Energiekosten, die Personalkosten und die Sachkosten gestiegen sind. Man kann auch nicht jedes Thema – das macht der Minister so gerne in jeder Ausschusssitzung –, das auf den Tisch kommt – ob Stalking, ob K.-o.-Tropfen, ob Genitalverstümmelung, ob Zwangsheirat –, einfach den

Beratungsstrukturen zuschieben und sagen: Das machen die auch noch alles.

Das sind mehr Aufgaben und weniger Geld. Herr Minister Laschet, ich möchte einmal sehen, wie Sie es machen würden, wenn wir Ihnen mal so eben nebenbei die Aufgaben eines anderen Ministeriums zuschieben und sagen würden: Das machen Sie so nebenher mit denselben Personalstrukturen. – Dann würde noch weniger herauskommen, als jetzt schon herauskommt.

Von daher sage ich: Es geht nicht. Diese Beratungsstrukturen müssen angesichts steigender Kosten mehr Mittel bekommen. Ihr Haus, Ihr Ministerium, bekommt im Falle von Tarifsteigerungen natürlich Geld für die Beschäftigten. Das muss den Frauenhäusern so auch gezahlt werden. Ich finde es unglaublich, dass es an der Stelle so nicht passiert. Das gilt natürlich auch für die spezialisierten Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte auch noch erwähnen, dass wir natürlich auch Geld fordern für die Aufgaben, die im Aktionsplan II der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aufgezeigt worden sind; das sind viele Aufgaben. K.-o.-Tropfen und Stalking sind nur zwei Bereiche. Wir wünschen uns, dass auch hierfür Geld eingestellt wird, damit diese Maßnahmen umgesetzt werden.

Herr Minister Laschet, bei all dem, was an frauenpolitischen Durchsetzungsmanövern von Ihnen gegenüber anderen Ministerin im Sinne von Genderkompetenz nicht passiert, würde ich an dieser Stelle ebenso wie beim Wohnungslosen-Programm fordern, dass man den Frauenbereich eigentlich woanders ansiedelt. Er ist bei Ihnen wirklich nicht gut aufgehoben. Das einzige Problem, das ich damit habe, ist allerdings: Frau Thoben sieht Gender bei Ziel 2 nur als Sahnehäubchen, und Herr Laumann setzt die Mittel für Frauenpolitik im Gesundheits- und Suchtbereich auf null. Ich wüsste niemanden in der Landesregierung, der die frauenpolitischen Kompetenzen hat. Deswegen fällt mir kein Vorschlag ein.

(Minister Armin Laschet: Frau Steffens!)

– Frau Steffens ist nicht Ministerin in Ihrem Kabinett. Das wird sie auch nicht sein, weil Schwarz-Grün für sie nicht infrage kommt.

Also, ich sehe keine andere Ministerin bzw. keinen anderen Minister im Kabinett. Sonst würde ich das hier fordern. Aber vielleicht schaffen Sie es doch noch, für die Frauen in Nordrhein-Westfalen etwas zu machen. Denn wenn die 90 % Wahlbeteiligung zustande kommen, die Sie eben über die politische Bildung gefordert haben, dann ist es für uns zwar nett – die werden Sie nicht wählen –, aber es wäre trotzdem gut, wenn Sie etwas für die Frauen tun würden.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Steffens. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laschet.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2009 ist in besonderer Weise ein Jahr, in dem Frauenpolitik in den Mittelpunkt rückt, auch für uns in Nordrhein-Westfalen. Es gibt einige wichtige Meilensteine in diesem Jahr. Ich habe an den 19. Januar, den 90. Jahrestag des Frauenwahlrechts, erinnert, den wir am Anfang dieser Woche mit der Frau Bundeskanzlerin begangen haben. Wir feiern am 23. Mai 60 Jahre Grundgesetz mit dem so wichtigen Art. 3 – Männer und Frauen sind gleichberechtigt –, der damals noch nicht die Schubkraft hatte, die er im Laufe der 60 Jahre entwickelt hat. Schließlich können wir in Nordrhein-Westfalen zehn Jahre Landesgleichstellungsgesetz feiern. Dies ist ein Gesetz der vormaligen Landesregierung, das ebenfalls ganz wichtige Impulse gesetzt hat.

Es sieht also nach einem Jahr aus, in dem es aus frauenpolitischer Sicht Grund gibt zu feiern. Dazu wird es auch eine Gelegenheit geben, zu der wir die Frauen- und Gleichstellungsminister aller Bundesländer in unsere Landesvertretung nach Berlin einladen werden. Der Vorsitz der GFMK – Frau Vizepräsidentin hat das schon erwähnt –, der mit einer kleinen Geschäftsstelle ausgestattet ist, gibt uns ebenfalls die Gelegenheit, das Thema Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen auch über unsere Grenzen hinaus bekannt zu machen.

Frau Westerhorstmann hat darauf hingewiesen, dass der Vorsitz inhaltlich das Thema Frauen und Integration in den Mittelpunkt rückt, eine Gruppe von Frauen, die seit vielen, vielen Jahren in diesem Land lebt, die aber nie so in den Blick genommen worden ist, wie wir uns das in diesem Jahr vornehmen. Meistens haben sie auch nur als abschreckendes Beispiel für die Unterdrückung von Frauen gedient. Das entspricht nicht der Wirklichkeit von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte. Viele Erfolgsgeschichten sind von Frauen geschrieben worden. Sie sind nicht nur Anhängsel der Gastarbeiter gewesen, die irgendwann kamen, sondern schon in den ersten Jahren sind auch Frauen ganz alleine gekommen, die hier ihre Position gefunden haben. Dies deutlich zu machen, ist, glaube ich, gerade in diesem Jahr wichtig.

Im Vordergrund unserer Frauenpolitik steht nach wie vor die Förderung der beruflichen Gleichstellung. Auch wenn die Frauenerwerbsquote in den letzten zwei Jahren von 2005 bis 2007 um 2,5 % gestiegen ist und sich mehr Frauen selbstständig gemacht haben, so gibt es doch noch an vielen Stellen Handlungsbedarf, zum Beispiel beim Thema Lohngleichheit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist längst nicht realisiert.

Gerade die Frauen mit Zuwanderungsgeschichte wollen wir durch Maßnahmen in den Bereichen Existenzgründung und Ausbildung weiter fördern. Für sie wie für alle anderen Frauen wollen wir erreichen, dass sich mehr Frauen für technische Berufe sowie für den Bereich der Forschung entscheiden, der Anteil an Führungsfrauen und Unternehmerinnen steigt und dass zudem der Wiedereinstieg von Frauen in das Berufsleben weiter erleichtert wird.

Meine Damen und Herren, mehr Teilhabe bleibt ein wichtiges Ziel der Frauenpolitik. Dabei setzen wir weiterhin auf die bewährten Projekte und Kooperationen mit der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, dem Frauenrat und dem Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen Nordrhein-Westfalen.

Insgesamt wollen wir mit Modellprojekten dazu beitragen, Frauen stärker gerade aus Zuwandererfamilien an die Gesellschaft heranzuführen. Wir haben für diesen Bereich im Haushalt 2009 wieder 900.000 € eingeplant.

Schutz und Hilfe für von Gewalt bedrohte Frauen, ein dritter Schwerpunkt, bietet dabei unser vorbildliches Hilfenetzwerk für Frauen, die Gewalt ausgeübt sind. Wie im Vorjahr stehen auch 2009 wieder 11,7 Millionen € zur Verfügung. Auch hier haben wir einen Schwerpunkt auf die Förderung von Projekten für Frauen mit Zuwanderungsgeschichte gelegt. Häusliche Gewalt ist auch dort Realität. Die Bekämpfung von Zwangsheirat ist etwas, das wir stärker in den Blickpunkt rücken müssen. Über das Geld hinaus, das hierfür bereitsteht, brauchen wir auch einen Straftatbestand, der klar ächtet, dass dieses ein Verbrechen an den Menschenrechten ist.

Frau Kieninger, lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu dem Handbuch „Frauen in Europa“ machen, von dem Sie gesagt haben, darin seien nur Frauen der EVP vertreten. In dem Buch finden sich 30 Autorinnen aller unterschiedlichsten Richtungen. Das Buch enthält zwölf Porträts, davon drei von Abgeordneten der EVP, nämlich von Frau Hieronymi, Frau Niebler und Frau Oomen aus den Niederlanden, aber auch allein von drei ehemaligen Kommissarinnen, die Europa ganz entscheidend geprägt haben, nämlich Michaela Schreyer von den Grünen, Emma Bonino, die dem Oliven-Bündnis von Prodi, dem Mitte-Links-Bündnis in Italien, angehört hat, und von Frau Diamantopoulos, einer griechischen Kommissarin, die ebenfalls Sozialdemokratin ist.

Ich bitte Sie, hier nicht ans Pult zu treten und zu behaupten, das seien alles nur Frauen der EVP-Fraktion. Wir haben hier sehr darauf geachtet, dass sich alle politischen Richtungen in Europa widerspiegeln. So etwas wird hier einfach in die Welt gesetzt und behauptet, ohne dass man diese Fakten geprüft hat.

Es ist vielfach beklagt worden, Frauenpolitik sei ins Abseits geraten. Ich glaube, dass das nicht der Fall

ist. In Nordrhein-Westfalen haben wir mit dem Vorsitz der GFMK ganz bewusst die Möglichkeit geschaffen, der Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen auch zu bundesweit höherer Öffentlichkeit zu verhelfen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herzlichen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, zu diesem Teilbereich Frauen liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zum

### **Teilbereich Integration und Eine-Welt**

Ich gebe Frau Tillmann von der SPD-Fraktion das Wort.

**Angela Tillmann (SPD):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Besucherinnen und Besucher des Landtags! Seit ungefähr 2005 klopft sich die selbst ernannte Koalition der Erneuerung aus CDU und FDP beständig auf die eigenen Schultern, einen Integrationsminister installiert zu haben, den ersten in der Bundesrepublik – wohlgerneht. Vor lauter Schulterklopfen scheint der CDU und der FDP entgangen zu sein, dass ihrem Integrationsminister allein im Vergleich zu 2005 ca. 17.088.000 € im Kapitel Integration Zugewanderter verlorengegangen sind. Herr Lindner hat darauf eben aufmerksam gemacht, dass man sich in der Haushaltsrede sicherlich Zahlen und die dann auch über einen etwas längeren Zeitraum anschauen sollte.

Richtig ist, dass die Zahl der Flüchtlinge und der Asylbewerber rückläufig war und ist. Daher sind auch die Ausgaben für die Kostenpauschalen nach § 9 Abs. 2 und § 10a Landesaufnahmegesetz gesunken.

Richtig wäre aber auch, die hier eingesparten Mittel in sogenannte nachholende Integrationsmaßnahmen fließen zu lassen. Wie wichtig diese nachholende Integration ist, belegt auch der vor wenigen Tagen erschienene Bericht „Ungenutzte Potenziale – Zur Lage der Integration in Deutschland. Ich werde darauf später noch eingehen.

#### **(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Der vorliegende Etatentwurf im Bereich Integration ist absolut enttäuschend. Wurden 2008 noch die Haushaltsansätze von 2007 übernommen, werden in 2009 1,242 Millionen € weniger eingestellt. Circa 230.000 € im NRW-Programm werden gekürzt und darüber hinaus noch einmal aus dieser Position rund 70.000 € umverteilt.

Richtig ist, nicht abgerufene Gelder nicht immer wieder in den Haushalt einzustellen.

Richtig wäre aber auch, diese Gelder für andere sinnvolle Maßnahmen einzusetzen, zum Beispiel für den von Herrn Kufen geforderten Dialog mit Ausländern, den Herr Engel von der FDP ja bereits vollinhaltlich unterstützt hat: Es gehe um den Dialog und den Dialog vor Ort. – Ich denke, das ist richtig. Aber es wäre ja auch eine Möglichkeit, das Geld umzuverteilen.

Unna-Massen ist ebenfalls dem Rotstift zum Opfer gefallen. Im Dezember 2007 stellt Minister Laschet fest – ich zitiere aus der Presseinformation der Landesregierung 1469/12/2007 –: „Mit der Neustrukturierung wird die Integrationspolitik der Landesregierung konsequent fortgeführt und gestärkt.“ – „Gestärkt“ hört sich gut an. Am 04.11.2008 fällt die Entscheidung, Unna-Massen und dieses Kompetenzzentrum komplett zu schließen. Der Etat des Integrationsministers wurde und wird zur klammheimlichen Zapfsäule des Finanzministers.

Der „Aktionsplan Integration“ ist von allen Fraktionen mitgetragen worden und in vielen Punkten eine Fortführung der unter Rot-Grün begonnenen Maßnahmen. Mit Spannung erwarten wir den Zwischenbericht des Ministers. Sollten Sie, Herr Minister Laschet, diesen nicht vorgesehen haben, stellen Sie sich schon einmal darauf ein, dass wir ihn fordern werden.

Herr Minister Laschet, Sie haben der LAGA, den in Ausländerbeiräten, in Integrationsräten und in Integrationsausschüssen ehrenamtlich tätigen Migrantinnen und Migranten immer und immer wieder versprochen, ihre Beteiligungsrechte in der Kommune zu stärken. Geschehen ist bisher nichts. Ihre persönliche Glaubwürdigkeit steht hier auf dem Spiel, Ihre Glaubwürdigkeit gegenüber Migrantinnen und Migranten. Mir persönlich ist Ihre Glaubwürdigkeit nicht so wichtig. Das mögen Sie sicherlich nachvollziehen können.

(Minister Armin Laschet: Ungern!)

Mir ist aber die Glaubwürdigkeit der Integrationspolitik wichtig. Wir alle wollen – und haben uns auch auf den Weg gemacht – fraktionsübergreifend die Integrationspolitik nach vorne bringen. Wir wissen alle, wie sensibel Migrantinnen und Migranten auf gebrochene politische Versprechen reagieren. Es kann nicht sein, dass Sie sich und Ihre Kollegen von der Landesregierung einen schlanken Fuß machen und die Verantwortung für die Beteiligungsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten an die Kommunen delegieren und diesen dann gegebenenfalls den Schwarzen Peter zuschieben. Ihren Ankündigungen, Herr Minister, müssen nun auch bald Taten folgen.

(Beifall von der SPD)

Mit Blick auf den vorhin angesprochenen Bericht „Ungenutzte Potenziale“ will ich nur einige Punkte nennen, die eklatant aufgefallen sind: Gefordert werden gruppenspezifische Konzepte; es geht um die Berücksichtigung der Stärken und Schwächen der einzelnen Herkunftsgruppen; und sicherlich müssen auch nachholende Integrationsmaßnahmen ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar und absolut unverständlich, dass im Bereich Integration Einsparungen vorgenommen und freiwerdende Mittel nicht wieder in anderen Projekten eingesetzt werden.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Jetzt kommen Sie mir bitte nicht mit der Litanei, wir hätten keine Anträge gestellt, wären in einer Multi-kulti-Romantik verfangen gewesen und hätten es seit 39 Jahren ja ändern können.

(Zuruf von der CDU: Genau so!)

– Ja, darauf möchte ich Ihnen kurz antworten. Ich kann nachher nicht mehr ans Rederpult.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Sie können eigentlich – von der Redezeit her – auch jetzt nicht mehr sprechen.

**Angela Tillmann (SPD):** Wir haben keine Anträge mehr zu diesen Kapiteln gestellt, weil wir dies schon in den Jahren vorher getan haben und sie immer abgelehnt worden sind. Die Devise von CDU und FDP lautet: Wir stimmen grundsätzlich keinen Anträgen zu.

Wir haben sicherlich den Wert der Integration ein bisschen hintangestellt. Wir haben gedacht, durch den alltäglichen Umgang in der Arbeitswelt mit den Menschen wäre Integration einfacher möglich. Das ist nicht gelungen, wir haben diese Einschätzung revidiert.

Aber: Wir stehen auch für Deutschland als Einwanderungsland. Im Bau von Moscheen sehen wir nicht den Untergang des Abendlandes. Wir sind auch für eine Diskussion über die doppelte Staatsbürgerschaft und wir wollen im ersten Schritt das kommunale Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Von daher sage ich: Integration ist ganz wichtig; bei der Integration bitte nicht sparen! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bei einer Überziehung der Redezeit um eine halbe Minute sagen wir ja nichts, bei einer Minute räuspere ich mich schon deutlicher. Aber eine Redezeitüberziehung um zwei Minuten ist dann doch ausreichend.

Als nächster Redner für die Fraktion der CDU hat der Kollege Solf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Michael Solf (CDU):** Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Im Politikfeld der Integration entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Wenn die hier eingebrachte Saat taub bleiben wird, dann gnade uns Gott. Oder richtiger: Dann gnade Gott unseren Kindern. Deshalb haben wir jenseits von Schönwetterreden und verschwommenen Träumen gleich nach dem Regierungswechsel angefangen, Integrationspolitik lebendig und zukunftsfest zu gestalten.

So haben wir die groß angelegte gesellschaftspolitische Offensive „Aktionsplan Integration“ auf den Weg gebracht. Die Erfolge bei der Umsetzung dieses Planes können Sie einerseits aus dem Integrationsbericht des letzten Jahres ablesen, andererseits spiegeln sich die Bemühungen aber auch im vorliegenden Haushaltsentwurf wider.

Die Gesamtausgaben des Kapitels 15 060 werden zwar von fast 30,3 Millionen € auf rund 29,1 Millionen € gesenkt. Die Mittel für die Titelgruppe 68 werden dagegen leicht auf etwa 14,5 Millionen € erhöht. Insgesamt kann man von einer Optimierung der Ausgaben sprechen. Lassen Sie mich das anhand einiger Beispiele verdeutlichen:

Erstens. Die Mittel für interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben werden unverändert mit rund 1,2 Millionen € angesetzt. Damit fördern wir auch weiterhin Maßnahmen in der Trägerschaft der Verbände der freien Wohlfahrtspflege wie Maßnahmen zum Abbau von wanderspezifischen Defiziten, Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen wie Frauen, Mädchen oder ältere Menschen, Maßnahmen der Erwachsenen- und Familienbildung oder der Hausaufgabenhilfe. Auf maßgebliches Betreiben meiner Fraktion wurden diese Ausgaben im Haushaltsjahr 2008 erhöht, um innovative Integrationsprojekte mit Modellcharakter zu fördern.

Zweitens. Der Ansatz für den Dialog mit den Muslimen bleibt ebenfalls unverändert bei 50.000 €. Die Erläuterungsnummer ist überhaupt erst in den Haushaltsberatungen 2008 von den Koalitionsfraktionen geschaffen worden. Wir unterstützen damit Maßnahmen und Projekte, die zur Schaffung einer repräsentativen Vertretung der Muslime auf Landesebene dienen. Ich möchte dies gerade angesichts der derzeitigen Schwierigkeiten, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, ausdrücklich betonen.

Drittens. Die Ausgaben für die Förderung von Migrantenselbstorganisationen werden im Vergleich zum Haushalt 2008 um 70.000 € erhöht. Ziel ist die Förderung zusätzlicher innovativer Integrationsprojekte, die in die Fläche wirken können.

Viertens. Genau wie in den Haushalten 2007 und 2008 stellen wir auch 2009 erneut 2,2 Millionen € zur Unterstützung der wegweisenden „Regionalen

Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ ein. Das landesweite Netzwerk „Integration durch Bildung“ ist im August vergangenen Jahres, wie von uns zugesagt, gestartet worden.

Fünftens. Auch 2009 investieren wir in das KOMM.IN-Programm. Hierfür stellen wir zwar etwas weniger Geld zur Verfügung – genau genommen immer noch stolze 3 Millionen € –, doch ist dies dem Konzept der Nachhaltigkeit der Förderung geschuldet. Daher benötigen Kommunen, die sich einmal auf den Weg gemacht haben, nach und nach weniger Mittel. Ein nicht geringer Teil der veranschlagten Gelder wird also für Kommunen verwendet, die neue Anträge stellen.

Abschließend möchte ich für meinen Kollegen Chris Bollenbach einige Bemerkungen zur Entwicklungspolitik machen. NRW ist das Nord-Süd-Land der Bundesrepublik Deutschland. Das spiegelt sich auch im Haushaltsentwurf wider. So haben wir die Gesamtausgaben des Kapitels 15 045 leicht auf jetzt über 4,8 Millionen € erhöht. Besonders erwähnen möchte ich die Mittel für die Koordination der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und die Zuschüsse für die Förderung des UN-Standorts Bonn, dem deutschlandweit einzigen Standort der Vereinten Nationen. Dies sind nur zwei Beispiele dafür, wie mit vergleichsweise geringen Ansätzen Entwicklungspolitik effizient gestaltet und das Profil unseres Landes in diesem Bereich exzellent geschärft wird.

Meine Damen und Herren, festzuhalten bleibt: Wir haben einen Entwurf vor uns, der die vorhandenen Mittel mit einem Höchstmaß an Effizienz verwendet. Wenn Sie – bitte erlauben Sie mir diese kleine polemische Spitze – sagen, das alles reiche noch nicht, entgegne ich: Ja, das reicht noch nicht. Aber es ist unendlich viel mehr, als Sie jemals für die Integration getan haben. – Danke.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Lindner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Christian Lindner (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Tillmann, Sie haben eben gesagt, dass Ihre Fraktion keine Anträge zum Haushalt vorgelegt habe.

(Angela Tillmann [SPD]: Zu diesem Bereich!)

Ich hoffe, dass Sie bei anderer Gelegenheit eine Möglichkeit finden, eine politische Stellungnahme in Form von Änderungsanträgen zu diesem Haushalt abzugeben. Denn nur anhand von konkreten Änderungsanträgen zu einem Landeshaushalt kann man ermitteln, ob das fromme Wünsche der Opposition oder zumindest realistische politische Alternativen

sind. Wir haben uns immer der Mühe unterzogen, Änderungsanträge vorzulegen. Wer nur fordert, ohne Antragsinitiativen vorzulegen, die gegenfinanziert sind, kann nicht ernst genommen werden.

Wegen der knapp bemessenen Redezeit möchte ich nur wenige Bemerkungen machen. Sie haben anhand der Zahlen bezogen auf diesen Haushalt dargestellt, dass nach Ihrer Interpretation die Mittel für die Integration zurückgingen. – Ich glaube, dass das eine optische Täuschung ist. Herr Minister Laschet hat immer darauf hingewiesen, dass er Integrationspolitik auch als eine Querschnittsaufgabe versteht und dass sein Haus eine Gelenkfunktion für die gesamte Landesregierung hat.

Wenn man aus dieser Perspektive das integrationspolitische Engagement dieser Koalition bewertet, ist es nicht ganz redlich, ausschließlich diesen Einzelplan zu betrachten.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Die Fraktionen sind vor wenigen Tagen darüber unterrichtet worden, wie viel Geld im gesamten Landeshaushalt für die Integrationspolitik zur Verfügung steht. Es handelt sich um die beachtliche Summe von 442 Millionen €. Zeigen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das ähnlich viele Mittel bezogen auf die Einwohnerzahl für die Integration aufwendet; Sie werden kein Bundesland in Deutschland mit einem vergleichbaren Engagement finden!

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Schäfer?

**Christian Lindner (FDP):** Ja.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte, Frau Kollegin Schäfer.

**Ute Schäfer (SPD):** Das freut mich, Herr Lindner. – Ich möchte eine grundsätzliche Frage zur Haushaltsberatung stellen. Sie sagten gerade, es lägen keine konkreten Änderungsanträge von uns vor, sondern das wären politische Zielbestimmungen.

Wie schätzen Sie sich denn selbst in Sachen politische Zielbestimmung ein? Denn ich konnte kürzlich in der Zeitung lesen, dass Sie die Landesregierung auffordern, die Schulbücher für Gymnasien adäquat der Schulzeitverkürzung anzupassen. Die Gymnasien sollten sie bekommen, und die Landesregierung solle das bezahlen. Haben Sie denn einen konkreten Änderungsantrag zum Haushalt zur Un-

termauerung dieser politischen Zielbestimmung vorgelegt?

(Beifall von der SPD)

**Christian Lindner** (FDP): Frau Schäfer, vielen Dank für diese Frage. – Hierbei sind allerdings zwei Sachverhalte systematisch zu trennen. Zum einen gibt es das, was gemeinsam von Union und FDP in diesem Parlament vertreten wird und was zu gemeinsamen Initiativen führt. Zum anderen existieren Vorschläge, die Parteien im politischen Diskussionsprozess unterbreiten.

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass zu Zeiten Ihrer Verantwortung im nordrhein-westfälischen Landtag unterschiedliche Anträge von SPD und Grünen zur Abstimmung gelangt wären, sondern ausschließlich gemeinsam getragene Papiere. So ist das bei uns auch. Das ist ein ganz regulärer und normaler Vorgang.

Im Übrigen hat sich mein Vorschlag auf das Konjunkturpaket II bezogen, das noch nicht durchkonkretisiert ist. Wir wollen insofern zunächst abwarten, ob möglicherweise etwas realisierbar ist.

Ich komme zur Haushaltsberatung zurück. Ich könnte eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen benennen, die der Integration von zugewanderten Menschen dienen, angefangen bei der vorschulischen Sprachförderung über die Integrationsagenturen, -initiativen und -programme, die es in diesem Haushalt gibt.

Ich müsste und würde gerne über die Beteiligung von Zuwanderern an sie betreffenden politischen Entscheidungen in der Kommune sprechen. Dazu haben wir aber an anderer Stelle in dieser Plenarwoche noch Gelegenheit.

Hervorheben will ich jedoch eine Maßnahme mit Pioniercharakter, die ich für besonders bedeutsam und für die Bundespolitik insgesamt wichtig erachte. Das ist die Kampagne, die die Landesregierung gestartet hat, um Menschen aufzufordern, sich dem Thema Einbürgerung zu stellen. Auch durch den vom Minister vorgestellten Integrationsbericht wissen wir, dass Einbürgerung ein Zeichen gelingender Integration ist. An der Stelle immer mehr Menschen, die von anderswo zu uns gekommen sind, anzuregen, deutsche Staatsbürger zu werden, das ist ein wichtiger Beitrag dazu, dass die Menschen wirklich ankommen und ihren Platz in der Gesellschaft finden.

Zum Bereich „Eine Welt“ wäre eine Menge zu sagen, etwa dass wir auch in der bundespolitischen und internationalen Szene als Bundesland Nordrhein-Westfalen inzwischen ein wichtiger Faktor sind. Als einen Beleg dafür nenne ich nur die 13. Metropolis-Konferenz, die im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat.

Aber auch in der ganz konkreten Lebenswirklichkeit sind wir dabei, neue Strukturen einzuführen. In Bezug auf die Kinder- und Jugendpolitik haben wir darüber gesprochen, dass wir mit dem internationalen Jugendaustausch mit unserem Partnerland Ghana, im Übrigen aber auch – das ist besonders wichtig – mit der Türkei – Sie wissen, dass es einen Plan gab, ein deutsch-türkisches Jugendwerk zu schaffen- und mit Israel eine neue Position im Kinder- und Jugendförderplan geschaffen haben.

Insgesamt ist und bleibt Nordrhein-Westfalen in der Integration bundesweit Tempomacher. Mit diesem Haushalt sorgen wir dafür, dass das so bleibt. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Kollege Lindner. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Asch das Wort. Bitte, Frau Kollegin.

**Andrea Asch** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Bereich Migration müssen wir natürlich in dieser Woche über die Ergebnisse der Berliner Studie sprechen, die sehr intensiv diskutiert wird.

Zunächst einmal stellen wir fest, dass das, was uns dort an Ergebnissen gezeigt wird, für uns in Nordrhein-Westfalen nichts Neues ist. Es deckt sich weitestgehend mit dem, was bereits im Integrationsbericht der Landesregierung deutlich wurde.

Wesentlichstes Ergebnis ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund keinen Anschluss in unserem Bildungssystem finden, dass ihre Bildungserfolge und damit auch ihr Zugang zur Erwerbstätigkeit weit unter den Möglichkeiten liegen, die die Mehrheitsgesellschaft hat.

Aber was folgt daraus? Folgt daraus wirklich, dass der Grad der Integration dieser Menschen ein schlechterer ist? Ich bitte darum, dass wir zur Bewertung des Integrationserfolgs nicht nur Bildungserfolg und Erfolg im Erwerbsleben sowie die finanzielle Situation der Migranten zugrunde legen, sondern auch andere Parameter aufnehmen wie zum Beispiel die Frage nach der Identifikation mit dieser Gesellschaft, mit der Stadt/dem Land, wo die Zugewanderten leben, die Identifikation mit unserer Verfassung und die Beherrschung der deutschen Sprache.

Die Studie sagt uns letztendlich das, was wir alle wissen: Der Grad der Integration hängt in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen von der sozialen Schicht, nicht aber der Volkszugehörigkeit ab. Darin zeigt sich zum wiederholten Mal eine Bankrotterklärung für unser Schulsystem, das nicht in der Lage ist, Kinder aus bildungsfernen und niederen sozialen Schichten mitzunehmen und zum Bildungserfolg

zu führen. Das ist das wesentliche Ergebnis dieser Studie.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich muss auch noch vor Fehlinterpretationen warnen, die in einer Presseerklärung der CDU-Fraktion zu lesen waren. Die Studie sagt ganz klar, dass 40 Jahre – vier Jahrzehnte! – Abschottungspolitik der Bundesregierung zu den negativen Integrationsergebnissen geführt hat. Die Kehrtwende, der Paradigmenwechsel, ist genau 1998 mit der rot-grünen Bundesregierung eingetreten. Das ist ein ganz klares Ergebnis, das schwarz auf weiß nachzulesen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Alle parteipolitisch intendierten Versuche, dieses Ergebnis umzudeuten, sind falsch. In der Studie ist ganz klar nachzulesen, dass unter Rot-Grün endlich eine systematische Integrationsförderung begonnen hat. Das ist nicht wegzudiskutieren, meine Damen und Herren.

Wo stehen wir in Nordrhein-Westfalen? – Obwohl ich dem Minister zugestehende, dass er sich auf diesem Gebiet mit sehr viel Verve, mit sehr viel Engagement bewegt, sind die Ergebnisse sehr mager.

Über den § 27 der Gemeindeordnung und die Partizipation von Migratinnen auf kommunaler Ebene werden wir morgen noch intensiv sprechen, stellen aber fest: Entgegen allen Versprechungen, die den Migrantinnen gemacht wurden, ist bis jetzt nichts erreicht worden.

Der zweite Punkt ist der Dialog mit dem Islam, die Etablierung islamischen Religionsunterrichts. Auch dort sind wir nicht weitergekommen. Selbst der Schulversuch, der für Köln und Duisburg angesetzt war, ist nicht zustande gekommen. Hier bewegt sich nichts. Man muss sagen: Wir sind keinen Schritt vorangekommen.

Die Besetzung des Lehrstuhls in Münster ist absolut offen, weil das Ministerium mit Herrn Pinkwart an der Spitze und die CDU völlig überquer liegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die konkreten Fortschritte in der Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen bleiben aus.

Auch da muss man natürlich noch einmal auf den Haushalt verweisen. Und man muss ganz klar feststellen, dass bei der kommunalen Integrationsförderung weiter gekürzt wird, statt dass etwas draufgelegt wird – wie es der Herr Minister in all seinen Reden immer insinuiert, wenn er nahelegt, dass man das jetzt endlich in Angriff nimmt.

Seit 2005 wurde ein Drittel dieser Mittel gekürzt. Wir sind unter Rot-Grün mit 10 Millionen € gestartet, und jetzt sind wir bei 3 Millionen € angelangt. Auch in diesem Haushalt finden sich weitere Kürzungen. Meine Damen und Herren, das ist kein Haushalt,

der uns zeigt, dass diese Landesregierung und diese Koalition es mit der Integrationsförderung wirklich ernst meinen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine ähnliche Entwicklung haben wir bei der Eine-Welt-Politik. Ich bedauere es immer sehr – meine Redezeit ist schon fast zu Ende –, dass diese Bereiche hier eben mal in fünf Minuten abgehandelt werden. Ich hoffe, dass das kein Indiz dafür ist – aber es scheint so zu sein –, wie „wichtig“ dieser Bereich genommen wird.

Die Eine-Welt-Politik dümpelt nach wie vor vor sich hin. Alte Fehler bestehen weiterhin. Die Mittel für die Bildungsarbeit in diesem Bereich bleiben gekürzt.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wir haben eine Partnerschaft mit Ghana, die mit großem Brimborium ins Leben gerufen wurde. Auch dazu gibt es wenig zu sagen. Das dümpelt ebenfalls vor sich hin.

Ich muss feststellen: Die Eine-Welt-Politik ist das Stiefkind in diesem Hause.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Das muss ich angesichts der internationalen Entwicklungen insgesamt – der Hunger in der Welt nimmt zu – wirklich sehr bedauern. Ich kann nur hoffen, dass die Regierungskoalition auch da einmal die Kurve kriegt und ihre globale Verantwortung für die Eine-Welt endlich wahrnehmen wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laschet das Wort.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung ist ihrem Ziel, Nordrhein-Westfalen zum Land der neuen Integrationschancen zu machen, 2008 ein gutes Stück näher gekommen. Auch in diesem Jahr behalten wir dieses Ziel im Auge.

Die Chancen, dass 2009 ein erfolgreiches Jahr für die Integration werden kann, sind gut. Die am Montag vom Berlin-Institut präsentierte Studie bestätigt allerdings, dass wir uns jetzt mit Hochdruck den Integrationsversäumnissen der Vergangenheit widmen müssen.

Wir haben das bereits im Rahmen unseres Integrationsberichts beschrieben. Dabei haben wir eine

Analyse der Zahlen aus dem Mikrozensus von 2006 vorgenommen.

Es ist erstaunlich – ich will das Institut nicht kritisieren –, dass man mit großem Bohei, in einem „Spiegel“-Vorabbericht, eine Studie vorstellt, die auf Ergebnissen basiert, die aus dem Jahr 2005 stammen, obwohl die Zahlen aus dem Jahr 2007 inzwischen ebenfalls vorliegen. Jedenfalls ist Nordrhein-Westfalen hier auf der Höhe der Zeit. Das, was wir vorgelegt haben, bezieht sich auf das Jahr 2006.

Schließlich steht die Integrationspolitik auch finanziell auf einer stabilen Grundlage. Der Haushaltsplan 2009 sichert im Kapitel 15 060 die Fortsetzung und Weiterentwicklung unserer Programme: die vorbildliche Arbeit der RAAs – insgesamt 2,2 Millionen € –, die landesweit 119 Integrationsagenturen in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege sowie die integrationspolitischen Reformprojekte in kommunaler Trägerschaft.

Der Haushaltsplan bietet zugleich eine solide Grundlage für die Neuausrichtung des Zentrums für Türkeistudien. In nahezu allen Kapiteln des Haushaltsplans des Generationenministeriums, seien es die Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen, die frühe Sprachförderung, die Familienzentren oder die interkulturelle Öffnung der Familienbildung, findet Integrationspolitik statt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich eine Anmerkung zu dem machen, was Frau Kollegin Löhrmann und Frau Kollegin Asch in dieser Woche zur Integrationspolitik gesagt haben.

Das, was Frau Asch auch heute hier vorgetragen hat, ist etwas, wovon ich nur ausdrücklich warnen kann. Sie betreiben ein parteipolitisches Spiel, wenn Sie den Dialog mit dem Islam in einen Gegensatz zu dem bringen, was die Landesregierung macht.

(Beifall von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich appelliere an die Grünen, ihre parteipolitischen Spiele jetzt einzustellen und zum Konsens in der Integrationspolitik zurückzukehren!

(Beifall von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

– Frau Löhrmann, Sie können mit uns gern einen Konflikt zu diesem Thema beginnen. Ich kann Ihnen nur sagen, Frau Löhrmann:

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie haben doch keine Vorschläge! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Den Konflikt, den Sie im Zusammenhang mit dem Thema Islam hier beginnen wollen, werden Sie bei den Bürgerinnen und Bürgern verlieren. Sie werden verlieren, wenn Sie sich da mit uns anlegen wollen.

(Beifall von der CDU)

Wir werden mit den Sozialdemokraten weiter an einem Konsens in der Integrationspolitik arbeiten, wenn es um den Islam geht. Aber Sie haben sich in dieser Woche verabschiedet.

Ich werde mich sehr sorgsam daran erinnern,

(Zuruf von den GRÜNEN)

wenn wir demnächst mit den Vertretern islamischer Verbände reden. Wenn Sie versuchen – Frau Asch hat das heute noch einmal gemacht –, die islamischen Verbände gegen die Landesregierung auszuspielen, sind Sie bei mir auf dem Holzweg. Ich nehme die Kriegserklärung an, die Sie in dieser Woche abgegeben haben. Das ist die gleiche Methodik, die Sie schon bei KiBiz ...

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das muss aber gegessen haben, weil Sie es nicht auf die Reihe kriegen!)

– Das hat auch gegessen, Frau Löhrmann. Ich weiß nämlich genau, Frau Löhrmann, dass Sie es besser wissen, dass Sie wissen, woran es bei den Verbänden hakt, und dass es die Frau Kollegin Düker, die hinter Ihnen sitzt, ebenfalls weiß. Sie machen wie beim ...

(Zuruf von den GRÜNEN)

Frau Asch hat, wie beim KiBiz, jetzt beschlossen, nicht mehr auf die Fakten zu gucken, sondern Stimmung für ihren Wahlkampf zu machen. Das nehmen wir gerne an.

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Lächerlich, Herr Laschet!)

Sie haben darüber hinaus in Ihrer Pressekonferenz und auch heute an diesem Pult behauptet, dass die Mittel für Integrationspolitik weniger geworden seien.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ihr Gesichtsausdruck spricht Bände!)

Sie wissen seit einer Woche, dass wir – auch auf Anfrage Ihrer Fraktion – in allen Haushaltsstellen nachgeschaut haben, wo denn der „Aktionsplan Integration“ umgesetzt wird.

Wenn wir Sprachförderung machen, müssen Sie das natürlich addieren. Wir haben eine Summe von 442 Millionen €. Das sind 65 Millionen € mehr als zu Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist es unredlich, wenn Sie dieses Spiel aufmachen. Sie wissen genau, die Zahl der minderjährigen Flüchtlinge ist zurückgegangen, die Zahl der Spätaussiedler ist zurückgegangen, also sinkt automatisch auch die Zahl des Haushaltsansatzes. Insofern haben Sie sich verabschiedet, und ich bedaure das in höchstem Maße.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Lassen Sie mich, Frau Präsidentin, eine letzte Bemerkung zur internationalen Zusammenarbeit machen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Ich teile die Einschätzung, dass es schade ist, dass das immer am Ende erörtert wird. Die Landesregierung hat zum ersten Mal nach 20 Jahren einen neuen Beschluss der Ministerpräsidenten erwirkt, der sich zur internationalen Zusammenarbeit äußert und die Rolle der deutschen Länder betont. Wir sind auch hier Impulsgeber für andere Bundesländer. Wir werden mit dem zuständigen Kollegen aus Rheinland-Pfalz, dem dortigen Innenminister, in Kürze in Bonn eine Veranstaltung machen, in der wir darüber sprechen werden,

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

wie wir das, was die Ministerpräsidenten beschlossen haben, umsetzen. – Die Frau Präsidentin räuspert sich; deshalb komme ich zum Schluss.

Die Integrationspolitik und die internationale Zusammenarbeit haben neue Dynamik gewonnen. Ich kann nur an alle in diesem Hause appellieren, auch wenn wir ein Superwahljahr haben, parteipolitische Spiele, wie die Grünen sie begonnen haben, einzustellen und zum Konsens in diesem Hause zurückzukommen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zum Einzelplan 15 nicht vor.

Wir kommen – es ist nach 14 Uhr – zur Abstimmung. Vor der Abstimmung über den Einzelplan 15 lasse ich zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 15 abstimmen.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8446** auf. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8447** auf. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung des Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8448** auf. Wer dem Antrag

seine Unterstützung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8449** auf. Wer möchte dem Antrag seine Unterstützung geben? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Abgeordneter Sagel. Damit hat auch dieser Antrag keine Mehrheit gefunden und ist **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8451** auf. Wer dem Antrag seine Unterstützung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – SPD und Grüne. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Abgeordneter Sagel. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8452** auf. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich aufzuzeigen. – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Fraktion der SPD und Abgeordneter Sagel. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8453** auf. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Abgeordneter Sagel. Wer gegen den Antrag ist, den bitte ich, die Hand zu heben. – CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Die Fraktion der SPD. Damit hat auch dieser Antrag in diesem Hause keine Mehrheit gefunden und ist **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8454** auf. Ich bitte um Ihr Votum. – Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen zu. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Abgeordneter Sagel. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8455** auf. Wer möchte zustimmen? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Fraktion der SPD und Abgeordneter Sagel. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8456** auf. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Abgeordneter Sagel. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU, Fraktion der SPD